

Sächsische Staatszeitung

Beitragende Nebenblätter: Volkstammer-Beilage, Symbol-Beilage, Zeichnungen der Verwaltung der Staatsschulden und der Alters- und Landesversicherungsanstalt, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.

Nr. 101.

Montag, 5. Mai, nachmittags

1919.

Verlagspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 6 M. vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. — Erscheint aus Verlagspl. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574. — Postcheckkonto Nr. 26566.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 60 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1 M. 20 Pf., unter Eingangs 2 M. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 1/10 Uhr.

Amtlicher Teil.

In den Amtsblättern abzuheften.

Ausführungsbekimmungen

in den Bekanntmachungen der Reichsstelle für Textilwirtschaft Nr. T 70 und Nr. T 80 vom 19. März 1919.

§ 1.

„Polizeibehörde“ im Sinne des § 9 Satz 2 der Bekanntmachung einer Anordnung für das gesamte Textilgebiet Nr. T 70 über Beschlagnahme und Enteignung vom 19. März 1919 (2. Beilage zu Nr. 80 der Sächsischen Staatszeitung vom 7. April 1919) ist das zuständige Gewerbe-Aufsichtsamt. Das Gewerbe-Aufsichtsamt kann sich bei der Durchführung der im einzelnen Falle nötigen Maßnahmen der Mitwirkung der Ortspolizeibehörde bedienen.

§ 2.

Als „Polizeibehörde“ im Sinne des § 5 Absatz 3 der Bekanntmachung einer Anordnung für das gesamte Textilgebiet Nr. T 80 über Beauftragung der Reichsstelle für Textilwirtschaft und der Reichswirtschaftsstellen auf dem Textilgebiete vom 19. März 1919 (2. Beilage zu Nr. 80 der Sächsischen Staatszeitung vom 7. April 1919) wird das zuständige Gewerbe-Aufsichtsamt bestimmt. Das Gewerbe-Aufsichtsamt hat unverzüglich die Landesstelle für Textilwirtschaft in Leipzig, bez. solange diese noch nicht errichtet ist, das Wirtschaftsministerium von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

§ 3.

Die staatlichen sowie die kommunalen Behörden, insbesondere die Gewerbe-Aufsichtsämter und die Ortspolizeibehörden haben die Beauftragten der Reichsstelle und der Reichswirtschaftsstellen bei Ausübung ihrer Befugnisse zu unterstützen.

Dresden, den 3. Mai 1919.

409 III A

Wirtschaftsministerium. 4846

Gemäß § 3 der Verordnung über das Vermessungsgewerbe vom 16. September 1915 (Ges. u. V. Bl. S. 236) ist der am 18. November 1883 in Dresden geborene geprüfte Landmesser Robert Paul Otto Groh, zurzeit beim Kolonialamt in Berlin, am 26. April 1919 als Landmesser beiderseits worden.

4884
als Landesamt für Grundstückszusammenlegungen.

Ministerium der Justiz.

Dem Landgerichtsrat Oberjustizrat Dr. Gringmuth in Leipzig ist die erbetene Beförderung in den Ruhestand und dem als Regierungsrat zum Mitglied des Reichsversicherungsamts ernannten Amtsrichter Dr. Volke in Neusalza die Entlassung aus dem Justizdienst bewilligt worden. Weiter sind der Landgerichtsrat Oswald in Dresden zum Rat bei dem Oberlandesgericht, der Amtsgerichtsrat Dr. Heide mann in Dresden zum Abteilungspräsidenten bei dem Amtsgerichte Dresden mit der Amtsbezeichnung Oberamtsrichter, die Amtsgerichtsräte Junhof und Leuthold in Dresden sowie der Amtsrichter Dr. Kayser in Sebnitz zu Landrichtern bei dem Landgerichte Dresden, Junhof und Leuthold mit der Amtsbezeichnung Landgerichtsrat, ernannt, auch der Amtsgerichtsrat Rutschner in Dresden zum Amtsgericht Vorsitz mit der Amtsbezeichnung Oberamtsrichter versetzt worden.

Ernennungen, Beförderungen usw. im öffentlichen Dienste.

In Geschäftsberichten des Ministeriums des Innern und öffentlichen Unterrichts. In Befehlen: Neugegr. Lehrstelle in Hornersdorf. Kol.: oberste Schulbehörde. Einl.: 1500 M., 1. Wohnung und geleht. Alterszulagen. Bew. bis 10. Mai an den Bezirksschulinspektor für Chemnitz II, Chemnitz, Aufschwingerstraße 15; — Kirchschullehrer in Rauwalde. Anstellungsbeh.: Kultusministerium. Außer 1. Wohnung 1500 M. Grundgehalt vom Schuldienst, 300 M. für Fortbildungsschul- u. Turnunterricht, 100 M. für Bew. und 450 M. vom Kirchendienst. Geleht. Bez. für Kaderlehrerunterricht an der Lehrerbildung. Ges. mit allem Erford. Bew. bis 25. Mai an den Bezirksschulinspektor zu Großenhain; — 1) 2. händ. Lehrstelle in Mittelreinsdorf. Mindestgehalt und Amtsw. mit Gartenamt; Turnunterricht. Bew. bis 26. Mai an den Bezirksschulinspektor in Zittau; 2) Kantorat zu Hirschfeld. Kol.: oberste Schulbehörde; vom Schuldienst 1500,77 M., vom Kirchendienst 728,80 M., 150 M. Fortbildungsschulunterricht, Amtsw. und Gartenamt; 3) 2. händ. Lehrstelle an der achtklass. Volksschule in Oberleifersdorf. Kol.: oberste Schulbehörde. Mindestgehalt und Amtsw., 75 M. Fortbildungsschulunterricht, 37,50 M. für Sommerstunden, 75 M. Beitr. im Kirchendienst, ev. 84 M. für Kaderlehrerunterricht, an die Lehrerbildung. Bew. zu 2 und 3 bis 21. Mai an den Bezirksschulinspektor in Zittau.

(Amtliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Deutsches Reich.

In den Friedensverhandlungen.

Vor der ersten Sitzung der Friedenskonferenz.

Von unserem zur Friedenskonferenz nach Versailles entsandten Sonderberichterstatter.

Versailles, 1. Mai 1919.

Die deutsche Friedensabordnung ist damit beschäftigt, ihre Abteilungen einzurichten und den Versuch zu machen, eine zuverlässige und ausreichende Verbindung mit Berlin herzustellen, ein Versuch, den die französischen Stellen, auf die man völlig angewiesen ist, nicht besonders fördern. Inzwischen im ehemaligen Kriegsgebiet — man sagt bei Châlons — soll die Telefonleitung beschädigt sein, es wäre sehr schwierig, sie auszubessern. Wer diesen ersten Tag in Versailles erlebt hat, wird zugeben, daß es allerdings sehr schwierig sein mag, die Leitung zwischen Frankreich und Deutschland wieder für den Gebrauch zwischen zwei Völkern herzustellen. Auf französischer Seite besteht dabei, man wird hier jede Minute daran erinnert, keinerlei besondere Neigung, an solchen Arbeiten der Besserung teilzunehmen — wenigstens, soweit die Stellen in Betracht kommen, die noch Frankreich repräsentieren, freilich kaum Frankreich sind. So scheint diese Verhandlung von Versailles, noch bevor sie begonnen hat, ein Erfolg der Engländer, die den Franzosen die Beschränkung mit den äußerlichen, aber so sinnfälligen, so einprägsamen Vorbereitungen überlassen haben, in Kenntnis, daß kein Volk aus seinem Dämornium herauszutreten kann, und daß die Franzosen schon dafür sorgen würden, daß genügend Bitterkeiten aufgehäuft bleiben.

Weitern vormittags schien es einen Augenblick, als ob die Beschränkungen in der Bewegungsfreiheit der Delegationen keineswegs besonders einschneidend wären. Man konnte die Straße vom Hotel des Reservoirs hinausgehen zu dem großen Schloßplatz, wo eroberte Geschütze aufgestellt waren, man konnte durch die stillen Straßen der ruhigen Stadt schlendern, konnte die Tramway nach Paris abfahren sehen, mit den Leuten von Versailles sprechen, die bereitwillig Auskunft gaben. Ich muß gestehen, ich dachte, die Entfernung übertriebt immer, und die Dinge gewinnen, wenn man in ihnen steht, heute weiß ich, daß dies eine Stunde holder Täuschung war, und daß alle Befürchtungen gerechtfertigt sind. Am Abend erschien der besondere Kommissar der französischen Regierung in unserem Hotel und sagte uns auseinander, daß diese Besuche der Stadt unstatthaft wären. Er erfüllte seine Aufgabe mit harter Gehe, er sprach von Verhaftungen. Selbstverständlich wurde aufgeföhrt, daß ein Mißverständnis vorläge, daß dies jetzt ungeteilt Verbot der französischen Regierung, die Straßen von Versailles außerhalb der Wege zwischen den drei Hotels zu betreten, von uns von nun an befolgt werden würde.

So sind wir zwischen den drei Punkten, die ein paar hundert Meter voneinander entfernt liegen, gebannt. In weiterem Spaziergang steht der Park von Trianon, der so schön und große Park von Trianon, wie ihn der Kommissar nannte, zur Verfügung. Es ist ein Gefühl von Gefangenschaft dabei, und wenn durch die Gitter des Parkes neugierige Franzosen zu den umhergehenden Deutschen blicken, verhäßt sich das Gefühl des weitläufigen Konzentrationslagers.

Heute, am 1. Mai, war die gesamte Abordnung auf die Räume des Hotel des Reservoirs beschränkt, das in der Zeit von 2 bis 6 Uhr nicht verlassen werden durfte. Der Park stand für den, der den Frühlingsregen liebt, zur Verfügung. In einem der hübschen Empire-Salons, die als Puzantäume eingerichtet sind, entwidelte sich nun ein lebhaftes Bild von auf engem Raum arbeitenden Delegationsmitgliedern. Jedes Klackern war besetzt, die Schreibmaschinen klapperten, die Federn gingen über das Papier, die vielen Sekretäre und Sekretärinnen nahmen das halblaute Diktat auf. Von der Wand sah ein Bild der Maintenon mit erkauntem und kühlem Lächeln auf die Fleißigen.

Im Park gehen die Gruppen in politischen Gesprächen. Graf Kanbau übergibt in diesem Augenblick die Beglaubigungen der französischen Regierung und der Regierungen der Verbündeten. Man weiß nicht, was sich vorbereitet, man merkt nur die zunehmende Nervosität der Franzosen. Eine Glode schlägt an, die Mitteilungen über das Ereignis von heute nachmittags sollen der Delegation bekanntgemacht werden.

Rolf Brandt

Verzögerung der Friedensverhandlungen. Paris, 4. Mai. „Petit Parisien“ schreibt: Man dürfe nicht damit rechnen, daß der Friedensvertrag der deutschen Abordnung am Dienstag oder Mittwoch überreicht werde, sondern erst am Freitag oder Sonnabend. Es handelt sich laut „Matin“ vor allem darum, die Rück-

kehr der italienischen Abordnung herbeizuführen und ferner verschiedene Vertragspunkte zu regeln. Der Dreiertat erörterte laut „Journal“ am gestrigen Tage die Möglichkeit der Zurückrufung der Italiener, doch wurde kein Ergebnis erzielt, obwohl nur die Art der Zurückberufung, nicht aber der Adressat selbst besprochen wurde. Die Frage sei äußerst heikel. Die Presse weist erneut auf die Notwendigkeit der Anwesenheit der Italiener hin. Kehre die italienische Abordnung nicht zurück, so müsse der Friedensvertrag erneut revidiert werden, da die jetzt festgesetzten Sicherungen sonst ungenügend wären. Sehr schwierig scheinen auch die Verhandlungen über die Finanzfrage zu sein. „Journal“ geht auseinander, daß Amerika nicht gewillt sei, die von Deutschland zu begebenden 25 Milliarden Staatsanleihe zu garantieren, damit sie auch von den Neutralen in Zahlung genommen werden können, da ohne amerikanisches Giro die Vollwertigkeit dieser Staatsanleihe nicht unzweifelhaft feststehe. Amerika befürchte, daß es durch die Begebung deutscher Staatsanleihe der Hauptgläubiger Deutschlands, ja ganz Europas werde. Man suche jetzt Mittel zur Umgehung dieser Schwierigkeit. Ein Haupthindernis scheint belgischerseits zu bestehen. Die belgische Abordnung hält den Vorschlag des Verbandes auf Gewährung eines Vorstusses von 2 1/2 Milliarden, der auf die deutsche Entschädigung berechnet werden soll, sowie die Übernahme der belgischen Kriegsschuld von 5 Milliarden durch die Verbündeten unter dem Vorbehalt der Rückerstattung durch Deutschland für durchaus ungenügend. Die Finanzkrise sei dadurch heraufbeschworen, daß Deutschland 7 1/2 Milliarden Papiermark zum Zwangsausfuhr von 1,25 Frs. in Belgien in Umlauf setzte, während der Markkurs heute 45 Centimes sei. „Journal“ sagt, man sei in Brüssel schwer verstimmt, da die Verbündeten Belgien aufforderten, sich mit Deutschland auseinanderzusetzen. „Petit Parisien“ meldet, daß Humans nach längerem Besprechungen mit dem Ministerrat und dem König heute nach Paris zurückgekehrt sei. Der „Matin“ berichtet, daß in Brüssel heute patriotische Verbände vor dem Stadthaus demonstrieren wollten, um die völlige Wiedergutmachung des Schadens durch Deutschland zu verlangen. Andernfalls dürfe die belgische Abordnung den Vertrag nicht unterzeichnen. „Homme Libre“ teilt heute mit, daß die deutsche Abordnung aufgefordert wurde, den Wortlaut der neuen deutschen Verfassung, ohne welche die genaue Prüfung der Vollmachten unmöglich sei, den Verbandsregierungen vorzulegen, was sofort durch Abarreichung des „Deutschen Reichsgesetzblattes“ geschah. Laut „Nation“ ist die Verzögerung der Abarreichung des Friedensvertrags angeblich auf Redaktionschwierigkeiten zurückzuführen. Jedoch ist das wirtschaftspolitische Regime des linken Rheinufers auch noch nicht festgelegt. „Echo de Paris“ erzählt, daß das territoriale Statut Deutschlands gestützt von Clemenceau, Lloyd George und Wilson endgültig geregelt wurde. Deutschland muß verzichten, seine Macht wieder herzustellen, indem es seine Grenzen in Mittel- und Osteuropa ausdehnt. Der Traum nach Osten soll durch die gestern angenommene Abmachung endgültig unmöglich gemacht werden. Betreffs Österreichs, dessen Vertreter demnächst nach Paris berufen werden, wurde festgesetzt, daß es unter der Ägide des Völkerbundes eine neutrale Republik werden muß mit dem Verbote, sich mit Deutschland zu verbünden oder sich diesem anzuschließen. Weiter nahm der Dreiertat Bestimmungen über Elsas-Lothringen an, das einschließlich der Eisenbahnen in französischer Besitz übergeht. Die Beziehungen Elsas-Lothringens zu Deutschland, ferner das Statut Luxemburgs, dessen gesamte Beziehungen zu Deutschland gelöst werden, und auch die Kaderfrage wurden gestern durch den Dreiertat und Außenminister geregelt. „Homme Libre“ teilt mit, daß die französisch-englische Auffassung, wonach die Kader als Kriegsbeute betrachtet und jenen Verbündeten zugeteilt werden, die sie beschlagnahmten, durchgedrungen sei, jedoch Frankreich mehrere wichtige Kader, namentlich zwischen Oest und Marokko, erhält, während die überlebende Kader in englische Hand gerät. Die bevorstehenden Verhandlungen der Verbandsmächte mit der deutschen Friedensabordnung, ferner die noch schwebenden Streitfragen und Unstimmigkeiten der Verbündeten untereinander haben die Pariser Presse in die größte Aufregung versetzt. Mit großer Leidenschaft sprechen sich die Blätter darüber aus. Unter dem Titel „Vorpiel in Versailles“ schreibt der „Temps“ in einem ausführlichen Leitartikel: Die deutschen Bevollmächtigten hätten in Versailles bereits auf die Abwesenheit der italienischen Delegation angepielt. Demgegenüber sei festzustellen, daß aus der Erklärung Orlando in der italienischen Kammer hervorgehe, daß die Vertragsklauseln betreffend Deutschland ebenso sehr den Willen Italiens wie denjenigen aller anderen assoziierten und assoziierten Regierungen zum Ausdruck bringen. In Wahrheit dagegen sei eine andere Präjudizfrage, welche die deutsche Delegation angehe, auf ganz anderem Boden angesetzt. Die deutsche Delegation sei in Versailles mit einer von Ebert und Scheidemann unterzeichneten Vollmacht angelangt. Gemäß dieser Vollmacht müsse man annehmen, daß Deutschland sich

eine unendliche Besprechung aller Vertragsklauseln vorbehalten und daß die deutsche Delegation, falls man sie auffordern würde, eines Tages die Debatte zu schließen und unversöhnlich zu unterzeichnen, sich dem entgegenwürde, indem sie erkläre, sie sei zur Unterzeichnung von Klauseln, über die man sich nicht freundschaftlich verständigt habe, nicht berechtigt. Wenn dem so sei, so solle man es schon jetzt sagen. Dadurch würde man nutzlose Worte und aufreizende Verzögerungen ersparen. Aber vorausgesetzt, daß die deutsche Delegation unterzeichne, so dürfe sie es nur vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Regierung. Gemäß der vorläufigen deutschen Verfassung müsse in diesem Falle die Zustimmung der deutschen Nationalversammlung, des deutschen Staatenausschusses und sogar der preussischen Nationalversammlung eingeholt werden. Werde inzwischen die endgültige deutsche Verfassung eingeführt, so könne der Reichstag den Vertrag ratifizieren, jedoch könne gegebenenfalls auch zur Volksabstimmung geschritten werden. Wie dächten die deutschen Delegierten über solche eventuelle Komplikationen? „Intransigent“ will wissen, daß die italienische Delegation eingeladen wurde, zurückzukehren. Italien erhalte Frume, sodaß die Rückkehr zweifelslos feststehe und Donnerstag erfolge, so daß der Vertrag am Freitag oder Sonnabend überreicht werden könne. In der belgischen Frage ränden die Dinge nicht so gut. „Intransigent“ befürchtet sogar einen Eklat für morgen. Die Belgier seien über Wilson sehr verstimmt, was sie dazu veranlassen könne, die Pariser Konferenz zu verlassen. Der heutige belgische Ministerpräsident, in dem Hyman über finanzielle Zustände des Dreierrates berichtet, soll entscheidend sein. Der „Temp“ will dagegen wissen, daß die Verhandlungen des Dreierrates Belgiens Wunsch befanden, zu einer Einigung zu kommen, und daß die Schwierigkeiten der letzten Tage anscheinend im Begriffe seien, beigelegt zu werden. Hyman werde dem Ministerpräsidenten seine Vorschläge des Dreierrates überbringen, wonach Belgien ein Vorkredit auf 2 1/2 Milliarden von der ersten von Deutschland zu zahlenden Kriegsschuldung zugesichert sei und Belgien die Tilgung seiner gesamten Kriegsschuld von etwa 5 Milliarden nicht selbst zu übernehmen habe. Möglicherweise würden die belgischen Kammer zur Anhörung des Berichtes Hyman am Montag oder Dienstag einberufen werden. Der „Temp“ berichtet: Der interalliierte Prüfungsausschuss für die Vollmacht der Deutschen, bestehend aus Cambon, Harding und Henry White prüfte die deutsche Vollmacht. Fragen sollen schriftlich an die deutsche Delegation gerichtet werden, die auf demselben Wege antworten wird. Auch nach der Vorlegung des Vertrages wird dasselbe Verfahren angewandt werden.

Die letzten Beratungen der Verbandsmächte. Versailles, 4. Mai. Auf der Pariser Konferenz wurde auch die Frage des Rieck-Kanals der Regelung nahegeführt. Deutschland soll die Souveränität über den Kanal und das umliegende Gebiet erhalten. Jedoch soll eine internationale Verwaltung, die in gewissen Punkten der Verwaltung des Suezkanals ähnelt, unter der Ägide des Völkerbundes eingeleitet werden. In dieser Frage soll heute die Entscheidung fallen. Finanziell soll Deutschland sich verpflichten, daß eine Einzahlung von 125 Milliarden Franks auf den gesamten Entschädigungsbetrag, der am 19. Mai 1921 befristet gegeben wird, in Gold, ausländischen Werten oder in deutschen Staatsanleihen gezahlt wird. Heute soll darüber beraten werden, ob und wie die Verbündeten und die Neutrals diese Scheine als Zahlung oder Deckung annehmen können. Bei der Überreichung werden laut „Echo de Paris“ nur Bevollmächtigte der Verbandsmächte zugegen sein. Über diesen Beschluß ist man in belgischen Kreisen sehr verstimmt. „Excelsior“ schreibt, es seien nur zwei Gesamtsitzungen zu erwarten: die erste zur Überreichung des Vertrages, die zweite für die Unterzeichnung. Zwischen den beiden Sitzungen soll aller Meinungsaustausch und jede Erörterung schriftlich erfolgen.

Neue Einladung an Italien zur Teilnahme an den Verhandlungen. Paris, 4. Mai. (Neuter.) Der Rat der Drei hat Italien eingeladen, an den Sitzungen der Friedenskonferenz wieder teilzunehmen. Die Einladung ist in einem Tone gehalten, der vermuten läßt, daß Italien sie annehmen wird.

Dr. Jaffé Sachverständiger für die Ostfragen. Berlin, 3. Mai. Bis jetzt war bei der Friedensabordnung kein Sachverständiger für die Ostfragen ernannt worden. Wie wir erfahren, ist jetzt Dr. Jaffé, der von der preussischen Regierung vorgeschlagen wurde, als Sachverständiger für die Ostfragen in die Friedensabordnung von Versailles berufen worden, wohin er sich heute begibt.

Französische Bekämpfung der deutschen Friedensabordnung. Paris, 4. Mai. Im „Temp“ veröffentlicht Ernest Lavisse einen offenen Brief an die deutschen Friedensdelegierten in Versailles, in dem es u. a. heißt: Die französische Öffentlichkeit wundert sich, daß unter den Delegierten keine jener Männer sind, die gegen die Politik der Regierung Wilhelms II. protestiert hatten, die Verantwortlichkeit Deutschlands eingestehen und auch die Notwendigkeit der Wiedergutmachung annehmen. Graf Brodowski-Rangau ist ein ergebener Diener des alten Regimes gewesen und ist heute, obwohl nach außen hin Demokrat, trotzdem noch Herr Graf und hat schon seit langem den Verband nur hochmütige Drohungen hören lassen. Sie sollen nicht vom freien demokratischen Deutschland sprechen, noch von einem Verständigungsfrieden, noch von Gerechtigkeit oder Recht, noch sollten sie mit den Wilsonschen Vorschlägen Mißbrauch treiben. Deutsche Worte dürfen sie in ihren Blättern in ihre Erklärung aufnehmen oder in Weimar aufnehmen. Aber in Versailles sprechen sie vor Männern, die sich nicht täuschen lassen wollen und streng als Richter über das größte Verbrechen der Weltgeschichte zu urteilen haben. Sie werden viel zu erwidern haben, nicht nur Reserven für Bismarck, Wilhelm I., Bismarck und Friedrich den Großen, sondern für sich selbst. Die Unterhändler sind vom alten Regime kompromittiert und Beauftragte einer zweideutigen, übrigens wenig soliden Regierung. Es wäre ein unge-

heures Wunder, wenn sie anständig gegen Deutschland handeln würden.

Bericht der deutschen Waffenstillstandskommission.

Berlin, 4. Mai. In dem Berichte der Waffenstillstandskommission in Spa vom 1. Mai heißt es: Frankreich hatte es abgelehnt, Vertretern des deutschen Roten Kreuzes den Besuch der im zerstörten französischen Gebiete befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu gestatten. Deutscherseits wurde daraufhin gebeten, Schweizerischen Delegierten den Besuch zu erlauben. Hierzu gaben die Franzosen heute ihre Zustimmung. Die Schweizerischen Vertreter werden nunmehr demnächst die deutschen Kriegsgefangeneninformationen in dem früher besetzten Gebiete Frankreichs besuchen. Auf die vor kurzem vorgebrachte erneute Bitte, den in Ungarn internierten Generalfeldmarschall v. Radenski und seinen Stab freizugeben, ließ Marschall Joch mitteilen, daß Radenski und sein Anhang sich in vollkommener Sicherheit im Schloß Satal befinden und ihre Freischaffung daher zurzeit nicht in Frage komme. Von den in amerikanischen Händen befindlichen Kranken und verwundeten deutschen Gefangenen, deren Heimbeförderung am 5. April begonnen hatte, sind bis jetzt 90 Offiziere und 2492 Mann freigegeben worden. Am 25. April ist ein neuer Transport mit 265 deutschen Gefangenen von Tours nach Limburg abgegangen. Ausländische Zeitungen berichteten vor kurzem, daß bei der Räumung Belgiens zurückgelassenen deutschen Militärwerte demnächst versteigert. Die deutsche Regierung ließ den Verbündeten mitteilen, sie halte ihre finanziellen Ansprüche auf die zurückgelassenen Werte aufrecht und forderte ihre Anrechnung auf die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme. Es ist möglich, daß die Frage demnächst in Versailles geregelt wird.

Die Lebensmittellieferungen an Deutschland.

Berlin, 4. Mai. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Die in Paris unter dem Vorsteher der amerikanischen Lebensmittelkommission in Warschau geführten Verhandlungen über Kartoffellieferungen haben gestern zu folgendem Ergebnis geführt: Die polnische Regierung hat sich verpflichtet, Deutschland zunächst 90000 t Speisekartoffeln zu liefern. Für die Übernahme der polnischen Kartoffellieferungen nach Tschedo-Slowaken auf deutscher Strecke erhielt Deutschland ferner als Entschädigung für die Frachtaufwendungen weitere 1000 t Kartoffeln. Die polnische Regierung hat außerdem unter der Bürgschaft der amerikanischen Mission die Verpflichtung übernommen, fünf g. Beschädigungen und sonstige Beschädigungen oder Störungen des Eisenbahnverkehrs und der Bahnanlagen auf der Strecke Bromberg-Nale-Schneidemühl-Kreis zu verhindern.

Der englische Dampfer „Greenbatt“ ist heute mit 2500 t Lebensmitteln von London kommend in Hamburger Hafen eingetroffen. Es ist der erste englische Dampfer, der seit Kriegsausbruch nach Hamburg gekommen ist.

Besprechungen über die Lieferung deutscher Waren aus Ausland.

Berlin, 4. Mai. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, überreichte der Vorsitzende der interalliierten Kommission in Spa, General Rudant, am 3. Mai dem deutschen Vorsitzenden General v. Hammerstein folgende Note:

Der Minister des wirtschaftlichen Niederaufbaues telegraphiert am 2. Mai:

Ich bitte Sie, sofort dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission im Namen der Rohstoffabteilung des Obersten Wirtschaftsrates folgende Mitteilung zu machen: Mit Rücksicht auf die Stellung, die in den letzten Kölner Beratungen von der deutschen Regierung hinsichtlich der Ausführung des Luxemburger Protokolls und der Lieferung gewisser Waren an die Verbündeten eingenommen wurde, wird die deutsche Regierung eingeladen, Vertreter nach Spa zu entsenden, die geeignet und ermächtigt sind, die einzelnen, auf die Lieferung verschiedener Waren seitens Deutschlands bezüglichen Fragen zu besprechen.

Die verbündeten Vertreter werden in Spa am 6. Mai im Laufe des Vormittags anwesend sein. Die deutschen Vertreter werden gebeten, sich ebenfalls am 6. Mai, vor 11 Uhr morgens, bei dem General Rudant, dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission in Spa, einzufinden.

Der Hr. Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission wird gebeten, so schnell wie möglich die Antwort der deutschen Regierung übermitteln zu wollen.

Als Antwort hat Reichsminister Erzberger durch General von Hammerstein in Spa folgende Note überreichen lassen:

Erzucht nachstehende Note zu übergeben: Auf die Einladung des Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Spa werde ich folgende Herren zu den angeregten Ausführungsverhandlungen entsenden. Herr Dr. Krüger als meinen Bevollmächtigten, ferner als Vertreter für Kohle die Herren Geheimrat Stuß, Bergat Hagenrod und Direktor Janus, als Vertreter für Holz die Herren Kommerzienrat Michaelis und Soth, als Vertreter für Papier die Herren Direktor Kraemer und Lanmer, als Vertreter für Farbstoffe die Herren Geheimrat Duisberg, Direktor Kaul und von Weinberg.

Die genannten Vertreter sind ermächtigt, die einzelnen auf die Lieferung der in Betracht kommenden Waren seitens Deutschlands bezüglichen Fragen zu besprechen. Ich behalte mir vor, je nach dem Verlauf der Verhandlungen weitere Vertreter zu entsenden.

Wegen der bestehenden Verkehrserschwerungen kann am 6. Mai nur ein Teil der Herren zu den Besprechungen in Spa anwesend sein, so daß Hauptverhandlungen unter Teilnahme aller Vertreter erst am 7. Mai stattfinden können.

Bericht der Nationalversammlung für wichtige Beratungen.

Berlin, 4. Mai. Der Präsident der Nationalversammlung Jochenbach hat an die Mitglieder der Nationalversammlung folgende Depesche gerichtet: Die Sitzung der Nationalversammlung am Dienstag, den

6. Mai, fällt aus, ebenso alle Fraktionsversammlungen. Der Ernst der Verhältnisse verlangt, daß sich alle Mitglieder vom 7. Mai ab zur sofortigen vorübergehenden Einberufung nach Berlin bereithalten. Ferner ist die Sitzung des Haushaltsausschusses, die in Weimar stattfinden sollte, für Mittwoch, den 7. Mai, vormittags 10 Uhr nach Berlin, Wilhelmstraße 74, verlegt worden.

Die Bauern- und Landarbeiterräte zur Neugestaltung des Räteystems.

Berlin, 4. Mai. Die gestern versammelten Vertreter der Bauern- und Landarbeiterräte aus den Provinzen Ostpreußen, Posen, Schlesien, Westpreußen, Sachsen, Westfalen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Hannover, den thüringischen Staaten und dem Freistaat Sachsen haben eine Entschließung angenommen, wonach sie für die Neugestaltung der Berufsvertretung im Räteystem die Zusammenfassung der gesamten Landbevölkerung in einheitlichen Vertretungsgremien der Landwirtschaft für erforderlich halten. Die Bauern- und Landarbeiterräte erwarten, daß bei der gezielten Gestaltung des Räteystems den besonderen Verhältnissen des Landes voll Rechnung getragen wird.

Gegen die Gefahr eines polnischen Angriffes auf Deutschland.

Berlin, 4. Mai. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, beruht die Note, die der Reichsminister Erzberger wegen der Gefahr eines polnischen Angriffes auf deutsches Gebiet an Marschall Joch gerichtet hat, auf Kabinettsbeschluss. In der gestrigen Sitzung des Friedensauschusses haben alle beteiligten Verbände, insbesondere auch die Oberste Heeresleitung, ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit des Schrittes Ausdruck gegeben. Auch General Gröner hat dafür ein, den Durchzug der holländischen Truppen sofort zu sistieren, wenn die Polen neue Angriffe unternehmen. Wie wir weiter erfahren, hat die Note auch insofern günstig gewirkt, als von Seiten der Verbandsmächte betont worden ist, daß ihnen von einer Absicht der Polen, einen Angriff auf deutsches Gebiet zu unternehmen, nichts bekannt sei. Es ist also anzunehmen, daß, wenn solche Absichten auf polnischer Seite bestehen, sie vom Verband nicht unterstützt werden. Der deutsche Volkstrot für Westpreußen hat in Anbetracht der immer drohender werdenden Haltung der Polen nachstehendes Broschüren an die maßgebenden Reichsbehörden geschickt:

Die Rede Halls in Krotoschin und fortgesetzt aufstrebende Nachrichten der polnischen Presse machen die Befürchtung, daß die holländische Armee zum Angriff auf die deutsche Ostmark bestimmt ist, zur Gewissheit. Neben anderen polnischen Propagandazentralen bearbeitet die polnische Gesellschaft zur Wiedergewinnung systematisch die öffentliche Meinung des Auslandes. Wir fordern daher die Verhinderung weiterer Sendungen holländischer Truppen durch Deutschland Deutscher Volkstrot für Westpreußen.

Dieser wird von zuständiger Stelle erklärt: Es ist vertraglich festgelegt, daß die holländischen Truppen unter keinen Umständen zu Angriffen auf deutsches Reichsgebiet verwendet werden dürfen. Wegen beobachteter auffälliger Bewegungen ist bekanntlich im Zusammenhang mit der provokatorischen Rede des Generals Haller beim Marschall Joch angefragt worden. Bis zum Eintritte der holländischen Truppen wird die polnische Regierung, sofern nicht besondere Umstände eintreten, keine neuen Maßnahmen treffen.

Rundgebung gegen den polnischen General Haller in Danzig.

Danzig, 3. Mai. Zu einer Rundgebung gegen die Annahmen des Generals Haller hatten sich gestern mittag im Artushofe Vertreter der Behörden, öffentliche Körperschaften, Vereinigungen und politische Parteien Danzigs eingefunden. U. a. waren anwesend der kommandierende General des XVII. Armeekorps General der Infanterie v. Below, sowie der Oberpräsident der Provinz Westpreußen v. Jagow. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Salm wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Gegen die unmaßstäblichen Äußerungen des Generals Haller erheben die im altschwarzbirger Artushofe versammelten Vertreter sämtlicher Behörden, Körperschaften, Vereinigungen und politischen Parteien der deutschen Stadt Danzig energischen Protest. Danzigs ganze Bevölkerung ist über diese Äußerungen außerordentlich beunruhigt und auf tiefe Empörung. Wir fordern die Kriegsverwaltung auf, von den feindlichen Mächten in kürzester Zeit nachdrücklich bestimmte und gesicherte Gewährleistung dafür zu verlangen, daß von polnischer Seite die Bestimmungen des Spaer Abkommens unter allen Umständen auf das genaueste beachtet werden und weitere Übergriffe polnischer Truppen unterbleiben. Niemand kann Deutschland zumuten, daß es selbstmordend Truppen durch kein Gebiet führt, welche die Waffen gegen Deutschland zu erheben jederzeit bereit und gewillt sind. Sollten genügende Garantien binnen kürzester Frist von den Verbündeten nicht gegeben werden, so richten wir an die Reichsregierung die dringliche Bitte, weitere Durchtransporte der Armees Haller nicht zuzulassen.

Die Rede des Oberbürgermeisters lang aus in die Worte: Danzig ist deutsch und will deutsch bleiben.

Die Weiterentwicklung der inneren Lage.

Die Leipziger Geiselliste.

Leipzig, 4. Mai. Wie die Bezirksleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, so hat jetzt auch der Große Arbeiterrat zu Leipzig eine Erklärung abgegeben, daß ihm von der für den Fall von Unruhen von den „augenblicklichen Machthabern in Leipzig“ aufgestellten und von den bürgerlichen Blättern veröffentlichten Geiselliste nichts bekannt sei. Dem gegenüber halten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ihre Behauptung von dem Bestehen der Liste aufrecht und bringen sogar eine Ergänzung und Berichtigung derselben. Die Liste sei zusammengestellt worden, nachdem die Vertrauensmänner der einzelnen Stadtbezirke und Funktionäre einzelner Betriebe die Namen in Vorschlag gebracht hätten.

Ende des Auskaufes in dem Dichtwert von Jaborze.

Kattowitz, 4. Mai. Der Auskauf in dem Dichtwert Jaborze ist beendet. Auf die Verfügung des Staatskommissars für Oberschlesien, für Notstand arbeiten den Arbeitszwang einzuführen, erhielten etwa 10 Prozent der streikenden Jaborzer Arbeiter die Verfügung, die Arbeit wieder aufzunehmen. Infolgedessen entschloß sich die streikende Arbeiterschaft, das Dichtwert wieder in Betrieb zu setzen. Es sind Vorkehrungen getroffen

worben, um Oberstleuten gegen eine Wiederholung solcher verbrecherischer Takte zu sichern.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Kattowitz, 4. Mai. Infolge des polnischen Nationaltages sind gestern etwa 40 bis 50 Proz. der ober-schlesischen Gruben in den Ausstand getreten.

Königsberg im Königsberger Lichtwerk.

Königsberg, 4. Mai. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes sind wegen Lohnstreitigkeiten ausständig.

Der Ausstand der Buchdrucker in Stettin.

Stettin, 4. Mai. Die ausständigen Buchdrucker lehnten gestern mit 164 gegen 145 Stimmen den Antrag ab, die Arbeit in den Druckereien sofort wieder aufzunehmen.

Der Bürgerkrieg in Bayern.

München, 4. Mai. Vom Jubel der Bevölkerung begrüßt, zogen heute weitere Truppen ein. Die Münchner Schutzleute kehren seit heute nachmittags wieder in der alten Uniform ohne rote Armbinde, aber mit Karabinern in Doppelposten auf den Straßen.

der Ermordung befanden sich Rissen, Levin und Dr. Lewien im Keller des Luitpold-Gymnasiums. Sie wählten von der Tat. Auch die militärischen Führer der Kommunisten waren davon unterrichtet, doch hat den Befehl zum Feuern Seidel auf eigene Faust gegeben.

An die Einwohner Münchens! Die norddeutschen Truppen sind zur Befreiung der Heimat von der spartacistisch-kommunistischen, von rufführenden Führern errichteten Gewaltherrschaft herbeigeeilt.

Nachdem die militärischen Operationen gegen München zum Abschluss gekommen sind, wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Die vom württembergischen Kriegsministerium herabgegebene Meldung, daß die Oberleitung in den Händen des Reichswehrministers liege, war durchaus zutreffend.

Der Dank des Reichswehrministers.

Berlin, 4. Mai. Generalleutnant v. Owen in München, der die Oberleitung der militärischen Operationen in München hat, erhielt folgendes Telegramm:

Für die unermüdete und erfolgreiche Leitung der Operationen in München spreche ich Ihnen meine volle Anerkennung aus und der Truppe herzlichsten Dank für ihre Leistungen.

Kleine politische Nachrichten.

Dresden, 4. Mai. Als Nachfolger des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer und des sächsischen Ministers des Kultus und öffentlichen Unterrichts Bud, die ihre Mandate zur deutschen Nationalversammlung niedergelegt haben.

Berlin, 4. Mai. Durch verschiedene Blätter ging die Nachricht, der frühere Kaiser habe bei der Reichsregierung die Erlaubnis nachgeholt, nach Deutschland, und zwar auf sein Gut Gabeln zurückkehren zu dürfen.

Hamburg, 4. Mai. Heute sind 1500 sächsische Staatsangehörige, die durch Vermittlung der sächsischen Staatsregierung an allen Teilen Deutschlands zusammengeworben worden waren, in zwei Sonderzügen von Berlin kommend hier einetroffen.

Rotterdam, 4. Mai. Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ zufolge ist am Freitag nachmittag der Dampfer „Korona“ mit ausgewiesenen Einwohnern aus Ost- und Westindien eingetroffen.

Ausland.

Die Tiroler Frage.

Wien, 3. Mai. Nach einer Mitteilung von zuverlässiger christlich-sozialer Seite werden die Tiroler Christlich-Sozialen in der heutigen Landesversammlung einen Antrag auf Selbstständigkeit Tirols einbringen.

Wien, 4. Mai. Amtlich wird gemeldet: Der Kabinettsrat faßte in der vorgestrigen Sitzung folgenden Beschluß: Der Präsident der Vereinigten Staaten hat dem italienischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er dem Londoner Vertrag hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Italien und Deutsch-Österreich, also der Annexion Deutsch-Österreichs, zustimme.

Paris, 4. Mai. (Agence Havas.) Eine Anzahl Abgeordneter gab ihrem Bedauern über den Zwischenfall am 1. Mai Ausdruck. Sozialistische Abgeordnete weisen darauf hin, daß die Kundgebungen besonders von jungen Menschen ausgingen.

Bern, 4. Mai. (Dep.-Agentur.) In der heutigen Vollversammlung wurde die Vorlage der Bundesversammlung über die Erhebung des Kriegsgeldbetrages von rund 600 Millionen Frank mit rund 300 000 gegen 163 000 Stimmen angenommen.

erfolgen soll, das unmittelbar dabei betroffen ist. Trotzdem aber hat die deutsch-österreichische Regierung schon vor längerer Zeit der italienischen Regierung vorgeschlagen, daß Deutsch-Österreich zwar staatsrechtlich und wirtschaftlich ein Bestandteil Deutsch-Österreichs bleiben, militärisch aber in solcher Weise neutralisiert werden sollte, daß die strategischen Interessen Italiens dadurch wenigstens in gleicher Weise gewahrt werden, wie durch eine Annexion des Gebietes bis zum Brenner.

Wien, 4. Mai. Die Tiroler Landesversammlung beschloß im Hinblick auf die W. führung Deutsch-Österreichs die Erklärung Tirols zur neutralen Republik.

Die Wahlen für den Wiener Gemeinderat.

Wien, 4. Mai. Nach den 12 Uhr nachts vorliegenden Wahlergebnissen erhielten von den zu besetzenden 165 Mandaten für den Wiener Gemeinderat die Sozialdemokraten 92, die Christlichsozialen 60 Mandate.

Die Kämpfe in Kärnten.

Magendorf, 4. Mai. Der Pressedienst des Kärntner Landesausschusses meldet: Das Korbuter der Frau bis südlich von Lavant ist vom Feinde gefäubert. Die Zahl der Gefangenen hat sich auf nahezu 800 erhöht.

Standrecht in Budapest.

Budapest, 4. Mai. (Ungar. Tel. Korresp.-Bureau.) Der Volkskommissar Josef Haubrich übernimmt in einem Aufrufe an die Arbeiterschaft den Befehl über die beschlossenen Kräfte von Budapest und erklärt, die Arbeiterklasse müsse entschlossen und tapferstandhaft zur Verteidigung des sozialistischen Staats ausrücken.

Mobilisierung des ungarischen Proletariats.

Budapest, 4. Mai. (Meldung des ungarischen Tel.-u. Korresp.-Bureaus.) Die revolutionäre Arbeiterregierung erläßt folgenden Mobilisierungsbefehl: Zur Rettung der Proletariatsrevolution ordnen wir die allgemeine Mobilisierung des Proletariats an.

Die Kämpfe der Ungarn mit den Rumänen.

Budapest, 4. Mai. Das Ungar. Tel. Korresp.-Bureau meldet vom 2. Mai. Die Rumänen haben am 1. Mai den Szolnoker Brückenkopf genommen und haben hier die Theiß überflutet.

Die Friedensverträge mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei.

Rotterdam, 4. Mai. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet aus London, daß man dort erwarte, daß die Friedensverträge mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei etwa 14 Tage nach dem Friedensschlusse mit Deutschland zur Unterzeichnung bereit sein würden.

Ministerwechsel in Finnland.

Helsingfors, 4. Mai. General Rannerheim hat das Rücktrittsgesuch des Ministers des Äußern W. Endell angenommen, der als Chef der finnländischen Abordnung an den Friedensverhandlungen teilnimmt.

Vorbereitungen harter Angriffe der Bolschewiki auf Ausland und Litauen.

Berlin, 5. Mai. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Litauen gemeldet wird, liegen Anzeichen vor, daß harte Angriffe der Bolschewiki auf Ausland und Litauen vorbereitet werden. Verstärkungen sind herangezogen.

Die Mai-Kundgebungen in Paris.

Paris, 4. Mai. (Agence Havas.) Eine Anzahl Abgeordneter gab ihrem Bedauern über den Zwischenfall am 1. Mai Ausdruck. Sozialistische Abgeordnete weisen darauf hin, daß die Kundgebungen besonders von jungen Menschen ausgingen.

Kriegsgeldener in der Schweiz.

Bern, 4. Mai. (Dep.-Agentur.) In der heutigen Vollversammlung wurde die Vorlage der Bundesversammlung über die Erhebung des Kriegsgeldbetrages von rund 600 Millionen Frank mit rund 300 000 gegen 163 000 Stimmen angenommen.

Italienische Kriegsvorbereitungen.

Syalato, 4. Mai. (Laibacher Corr.-Bureau.) Aus Gata und Sebenico wird berichtet, daß die Italiener große Transporte von Militär und Kriegsmaterial aller Art ausführen. Die Streitkräfte werden im Osten des Landes zusammengezogen. Die Berggegenden und Pässe werden besetzt.

Neuer amerikanischer Kredit an Frankreich.

New York, 4. Mai. Amerika gewährte Frankreich einen neuen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar. Die Gesamtsumme der an Frankreich geliehenen Gelder beträgt jetzt 2752477000 Dollar.

Neue Kufstände in Ägypten.

Kairo, 4. Mai. Neue Kufstände, die am 1. und 2. Mai ausgebrochen waren, wurden durch englische Truppen blutig unterdrückt. Es gab 3 Tote und 40 Verwundete.

Nach Mexiko.

Mexiko, 4. Mai. (Meuter.) In der Botchaft, die Carranza bei der Eröffnung der außerordentlichen Sitzung des Kongresses verlas, erklärte er das Gesetz, durch das Artikel 27 der Verfassung erweitert wird, so daß die Quellen des Nationalreichtums nach dem Gesetze der Gerechtigkeit konsolidiert, Sonderprivilegien beseitigt und Mexikaner und Ausländer auf gleiche Stufe gestellt werden.

Parteiabewegung.

Dresden, 4. Mai. Die Deutsche Demokratische Partei im den ersten sächsischen Reichswahlkreis hatte für heute nach Dresden einen Vertretertag einberufen, der aus allen Teilen Ost Sachsens sehr zahlreich war. Auf Antrag des Mitgliedes der Nationalversammlung, Steinbock, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der am Sonntag, den 4. Mai, in Dresden veranlassete Ostsachsen-Tag der Deutschen Demokratischen Partei erweist gegen einen Gewaltfrieden entschieden Einspruch. Er erwartet, daß nur ein Rechtsfrieden auf Grund der 14 Wilsdruffer Punkte abgeschlossen wird, der den Weg für die angestrebte Veröhnung der Völkerei ebnet.

Mannigfaltiges.

Dresden, 5. Mai.

* Amtshauptmann Dr. Schulze, der zukünftige Leiter der Amtshauptmannschaft Dresden-Alttadt, wird demnächst sein neues Amt antreten und von der Stelle seiner bisherigen Wirksamkeit, der Amtshauptmannschaft Delitzsch i. B., Abschied nehmen. Er hat sich dort während seiner Amtstätigkeit namentlich in den Kriegsjahren durch seine weitgehende Fürsorge und große Umsicht verdient gemacht und sich die dauernde Dankbarkeit des ganzen Bezirkes erworben. Auch seine Wirksamkeit auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt und in allen sozialen Angelegenheiten sichern dem Scheidenden ein dankbares Andenken. Auf seine Anregung hin ist in den letzten Tagen noch eine Bezirksfriedelungsgesellschaft „Oberes Vogtland“ begründet worden, die überall dort eingreifen soll, wo Wohnungsmangel herrscht. Die Gattin des Amtshauptmanns Dr. Schulze hat sich besonders durch die Leitung des Delitzscher Frauenvereins und des „Auenbankes“ Delitzsch große Verdienste erworben.

* Am 5. Mai vollendete der Maschinenarbeiter Richard Lauterbach der Artilleriewerkstatt seine 25jährige Tätigkeit bei diesem Institut. In Gegenwart seiner unmittelbaren Vorgesetzten sprach ihm der Direktor anerkennende Worte für seine treugeleisteten Dienste aus und überreichte dem Jubilär ein namhaftes Geldgeschenk.

* Die Dresdner Bankbeamten veranstalteten gestern vormittag im Volkswohlfahrtsverein eine Versammlung, in welcher der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Dresdner Bankangestellten-Organisation, Dr. Müller, über die gegenwärtige Lage berichtete. Die Versammlung nahm schließlich die nachstehenden beiden Entschließungen einstimmig an: 1. Die am 4. Mai 1919 versammelte Beamtenschaft Dresden spricht der Arbeitsgemeinschaft der Dresdner Bankangestellten-Organisation für die bisher geleistete Arbeit ihr Vertrauen aus und ist gewillt, ihr auch weiterhin treue Gefolgschaft zu leisten. Infolge Annahme des eingereichten Tarifentwurfs durch einige Banken und Aufnahme der Verhandlungen mit den übrigen Instituten sind die Voraussetzungen des Streitbeschlusses vom 15. April d. J. hinfällig geworden, und der Beschluß wird durch die heutige Versammlung bis auf weiteres aufgehoben. Die Versammlung erwartet jedoch von den Bankleitungen die Bewilligung ihrer berechtigten und maßvollen Forderungen durch Abschluß des Tarifvertrags innerhalb der vor dem Schlichtungsausschuß ausbedungenen Frist, und in Anlehnung an die Berliner Abmachungen und den Dresdner Entwurf 2. Die am 4. Mai 1919 im Volkswohlfahrtsverein versammelte Beamtenschaft Dresden bekennt sich nachdrücklich und geschlossen zur Schaffung der zur kraftvollen Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegenschaft unbedingt notwendigen Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer in Bankgewerbe. Der Weg dazu ist durch das jetzt auch in Berlin erfolgte gemeinsame Vorgehen der beiden Organisationen vorgezeichnet und kann und darf nicht wieder verlassen werden. Die Dresdner Bankbeamten erwarten den Zusammenschluß in einer Frist, die von einer aus beiden Organisationen gebildeten sechsgliedrigen Kommission als ausreichend erachtet wird; verstreicht diese Frist ungenutzt, so werden die Dresdner Bankangestellten der beiden Organisationen diese Einheitsfront durch Verschmelzung in Dresden verwirklichen und zur Schaffung eines „Bundes der Sächsischen Bankangestellten“ aufrufen.

* Eine Ortsgruppe Dresden der Deutschen Liga für Völkerverbund wurde gestern in einer Versammlung in der Aula der Kreuzschule begründet. Unter den Anwesenden bemerkte man auch den Präsidenten der Sächsischen Volkstammer Hrn. Julius Fräßdorf. Dr. Rechtsanwalt Dr. Kurt Arnhold begrüßte die erschienenen Damen und Herren mit kurzen Worten und wies auf die im Dezember 1918 erfolgte Begründung der Deutschen Liga für Völkerverbund hin, der sich Männer ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung angeschlossen hätten.

Die Begründung der Liga sei keineswegs zu spät gekommen, da man auch heute noch nicht wisse, was unsere Unterhändler vorgelegt werde. Darauf berichtete Dr. Herzog-Weipzig über den Arbeitsplan und die Zwecke und die Ziele der Liga, die den Völkerverbund vorbereiten und sichern wolle. Insbesondere sollten die bisher auf diesem Gebiete tätigen Persönlichkeiten und Gruppen zu gemeinsamer Wirkung zusammengefaßt werden. Geplant sei die Einrichtung regelmäßiger internationaler Konferenzen. Weiter sollten Abteilungen eingerichtet werden für Völkerrecht, Sozialpolitik, Weltwirtschaft, Pädagogik, Presse, Archiv und Propaganda. Die Liga wolle sich auch bemühen, mit der Reichsregierung zusammenzuarbeiten. Die Gründung der Ortsgruppe wurde hierauf einstimmig beschlossen, worauf Hr. Geh. Kommerzienrat Konsul Arnhold seiner Freude hierüber Ausdruck verlieh. Er bat besonders die Presse, die Bestrebungen der Liga zu fördern und zu unterstützen.

* Ueber das Thema „Deutsche Palmen im Feuer der Feinde“ sprach am Sonnabend abend im Saale der Dresdner Kaufmannschaft Hr. Otto Gerlach. Der Redner, der im Jahre 1912 und 1914 bis zum Abschluß des Krieges in Ostafrika gewirkt hat, schilderte an der Hand zahlreicher, mit der Ernemann-Kamera aufgenommener Lichtbilder seine Erlebnisse und Eindrücke in den deutschen Kolonien. Als er zum ersten Male die deutschen Palmen Ostafrikas gesehen habe, hätte er nicht geglaubt, daß sich sobald schmerzliche Erinnerungen hieran knüpfen würden. 1914 unternahm er seine zweite Reise zum Felde der Ausstellung in Dar-es-Salam und zur Eröffnung der Tanganyika-Bahn, als ihn der Ausbruch des Krieges überraschte. Infolgedessen konnte er erst kürzlich mit General Lettow-Vorbeck in die Heimat zurückkehren. Während der Kriegszeit unternahm er mehrere Reisen in das Innere des Landes, dessen Schönheit er in Wort und Bild schilderte. In anschaulicher Weise erzählte er von dem Ausbruch des Krieges und den Eindrücken hiervon in Deutsch-Ostafrika, insbesondere in Dar-es-Salam, wo am 8. August 1914 der feindliche Kreuzer „Pegasus“ zum ersten Male gesichtet wurde, der Zerstörung des dortigen schönen Gouvernementsgebäudes durch die englischen Schiffsgechübe, der Flucht der Einwohner aus Dar-es-Salam in das Innere des Landes, den Eingeborenen in ihren eigenartigen Sitten, von den landschaftlichen Schönheiten der ostafrikanischen Gebirgswelt, der undurchdringlichen Urwälder mit ihren stillen Flußläufen und ihrer üppigen Vegetation, die weiten einsamen Steppen. Er besuchte die Völkerrassen an der Bahn von Morogoro bis Tabora und bis Ngamo und brachte auch von diesen blühenden Niederlassungen schöne Aufnahmen auf die Leinwand. Dem Redner wurde reichlich und dankbarer Beifall zuteil.

(V. S. Z.) Gestern vormittag veranstaltete die Ortsgruppe Dresden des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im „Krisenpalast“ eine Versammlung, über die folgendes berichtet wird: Alle Redner betonten und begründeten die unbedingt notwendige Erfüllung ihrer bekannten Forderungen. Zum anderen machten sie Mitteilungen über die vorgestern stattgefundenen Verhandlungen der Deputation dieser Organisation mit dem Gesamtministerium, wonach sich dieses bereit erklärt hat, ihren Wünschen in bezug auf Entlassungsantrag, Erhöhung der Renten und Witwenunterstützung (von 40 Proz. auf 100 Proz.) nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und auch bei der Reichsregierung dafür einzutreten. Dagegen soll die Forderung auf eine einmalige Beihilfe (50 M.) abgelehnt worden sein. An der sich anschließenden Debatte beteiligten sich mehrere Redner und Rednerinnen, die nicht wesentlich Neues vorbrachten. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an: Seit Bekanntwerden der vom Reichsbund für den 4. Mai geplanten großen Demonstration wird die Dresdner Presse in überhöflicher Weise mit Reden gefüllt, in denen die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen genannt werden, an der Demonstration teilzunehmen. Aber die Zweckmäßigkeitsgründe, die für oder gegen solche Veranstaltungen sprechen, einen geistigen Urheber dieser Erzeugnisse zu befragen, hat der Reichsbund nicht nötig, hält sich vielmehr für reich und erfahren genug, selbst darüber zu entscheiden, was im Interesse seiner Mitglieder notwendig wäre. Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen müssen es mit Entschiedenheit ablehnen, von dem Verfasser dieser Geschmähigkeiten sich bevormunden zu lassen. Es muß schon dem Vorstande der Ortsgruppe des Reichsbundes überlassen werden, welche Maßnahmen er für Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen trifft und selbst darüber zu entscheiden, was er für notwendig hält, im Interesse seiner Mitglieder zu tun. Aus diesen Gründen protestiert die Versammlung gegen die Einmischung und unberufenen Schmäherei, die durch ein solches Gebaren nur von sich Reden machen und etwas für sich dabei herauszuschlagen will.

Die am 4. Mai von der Ortsgruppe Dresden des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene nach dem „Krisenpalast“ an Stelle der geplanten Demonstration einberufene, überfüllte Versammlung nimmt mit Bewahrung Kenntnis von den Jugendsünden, die von Seiten der Reichsregierung und neuerdings auch von der sächsischen Regierung auf die Forderung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gemacht wurden. Sie erwidert darin die Anerkennung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen und ein Entgegenkommen gegenüber dem was not tut. Die amnestierenden Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sind aber andererseits der Auffassung, daß damit nur ein Teil der berechtigten Forderungen erfüllt wird und sind bereit, nach wie vor im Rahmen strengster parteipolitischer Neutralität und auf geschäftlichem Wege in geschlossener Einheitsfront für Durchführung der übrigen Wünsche hinter dem Reichsbund zu stehen, den sie als die alleinige mächtigste Organisation zur Erreichung ihrer Ziele ansehen. Die Versammelten geloben, als Kriegspolster im Kampfe für Recht, sozialem Ausgleich und wirtschaftlicher Besserstellung einmütig zusammenzutreten und sich darin von keiner Seite beirren zu lassen. Die Versammlung stimmt der Ortsleitung des Reichsbundes zu, wenn sie nach dem Verbot der Demonstration eine Versammlung als Kundgebung veranstaltet und erklärt, daß angesichts der allgemeinen Lage Zusammenhalten, Zusammenkündigung und Ordnung dringend nötig ist und daß dann Erfolg und Recht um so mehr auf Seiten des Reichsbundes sein wird.

* Die Baumbilste hatte gestern besonders in den Nachmittagsstunden eine wahre Völkerwanderung nach dem Westen Dresdens gezogen, die besonders auch durch das schöne Wetter noch begünstigt wurde. Den Hauptverkehr hatten diesmal die Straßenbahnen zu betwähigen, da die

Eldampfer noch nicht verkehren und die Staatsbahnverwaltung diesmal keine Sonderzüge gestellt hatte. In den Gastwirtschaften von Cosselbaude, Ober- und Niederwartha usw. herrschte naturgemäß ein gewaltiger Andrang. Doch sind die Ansprüche der Ausflügler in der Hauptsache befriedigt worden. Mit großer Schwierigkeit war jedoch am Abend die Rückbeförderung verbunden und die Straßenbahnen sowie die Eisenbahnzüge von Cosselbaude waren vollständig überfüllt. Die Baumbilste dürfte sich erst in dieser Woche zu ihrer vollen Pracht erschließen.

* Der Kaufmann Georg Griebdorf hat durch Anzeigen in Blättern Kriegsverletzte, die über Vermittel von 5000 M. verfügen, die Einrichtung von Verkaufsgeschäften angeboten. Vor Griebdorf und seinen Angeboten wird gewarnt.

* Das hiesige Schöffengericht, unter dem Vorsitz des Hrn. Amtsgerichtsrats Höfer verhandelte gegen den 28 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Elias aus Dresden, den 36 Jahre alten Kutscher Friedrich Hermann Uhlig aus Schönborn, den 39 Jahre alten Arbeiter Ernst Stäbner aus Osbernhau und den Kutscher Max Richard Müller aus Dresden wegen schweren Hausfriedensbruches und Amtsannahme. Am 5. März d. J. erschienen die Angeklagten in einer Autohofstraße vor dem Hause eines Majors auf der Hochuferstraße in Blasewitz; sie trugen Militäruniform, gaben sich unbefugt als Mitglieder des Soldatenrats aus und erklärten, beauftragt zu sein, eine Hausdurchsuchung nach Lebensmitteln vorzunehmen. Da diese ohne Erfolg war, führten die Angeklagten weiter, um auch in Wohnungen auf der Emser Allee, Johann- und Tollwitzer Straße in Blasewitz unter gleichem Vorgeben unerschütterterweise nach Lebensmitteln zu suchen. Zu unliebsamen Vorgängen ist es nicht gekommen, da sie nichts fanden, ihnen auch der Eintritt in einige Wohnungen verweigert wurde. Die Angeklagten haben das Treiben unter Führung eines Zivilisten, der bis jetzt nicht ermittelt werden konnte, verübt. Im Hinblick auf das höchst dreiste Vorgehen der Angeklagten hielt der Gerichtshof eine strenge Abmahnung für geboten und verurteilte deshalb Uhlig zu 4 Monaten Gefängnis, Elias zu einer 3 monatigen Gefängnisstrafe, Müller zu 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis und Stäbner zu einer Gefängnisstrafe in der Dauer von 2 Monaten.

Aus Sachsen.

sk. Leipzig. Da infolge der andauernden Streiks in den Grubenbezirken die Zufuhr von Gasstoffe in der letzten Zeit wieder ganz mangelhaft gewesen ist, beschloß der Rat der Stadt, um eine gänzliche Stilllegung des Betriebes der Gaswerke zu vermeiden, wieder Gasperktrunden einzuführen.

sk. — In Leipzig soll das Polizeiamt künftig in unmittelbare Verbindung mit dem Rat gebracht werden, so daß das gesamte Polizeiwesen dem Rat übertragen und das Polizeiamt nur eine Abteilung des Rates wird. Die Leitung des Polizeiamtes wird danach nicht mehr einem Polizeidirektor, sondern einem besoldeten Stadtrat übertragen.

— d. Chemnitz. In der letzten Ratssitzung wurde Kenntnis davon genommen, daß die Kosten der drei Wahlen zur Nationalversammlung, zur Volkstammer und zur Stadtverordnetenversammlung rund 66000 M. betragen haben, und daß hiervon etwa 35000 M. auf die Kosten zur Aufstellung der Wählerlisten entfallen. Weiter wurde in der gleichen Sitzung ein Ortsgesetz gegen den Mißbrauch der Erwerbslosenfürsorge angenommen und ferner beschlossen, den Lehrkräften der Volksschulen vom 1. Januar 1919 ab und den der höheren Unterrichtsanstalten vom 1. April d. J. ab an Stelle der bisherigen laufenden und laufenden besonderen Teuerungszulage neue laufende Teuerungszulagen zu gewähren, weiter den Lehrkräften der höheren Unterrichtsanstalten einen Zuschlag von 50 Proz. zu dem bisherigen Wohnungsgeldzuschuß vom 1. Januar d. J. ab zu zahlen und den sächsischen Beamten und Angestellten, soweit für sie nicht schon unterm 1. April d. J. neue Gehalts- oder Lohnstufen in Kraft getreten sind, für die Zeit vom 1. April an als Vorauszahlung auf die für die gleiche Zeit beabsichtigte Erhöhung des Gehaltes Übergangszulagen zu gewähren.

e. Frankenberg. Zur Wahrung der Rechte des Bürgerturns hat sich hier ein Bürgererrat gebildet.

w. Pirna. Am vergangenen Sonnabend vormittag 9 Uhr wurde durch den Kreisamtmann Krug v. Ribba und v. Falkenstein der neugewählte Bürgermeister der Stadt Pirna Dr. Gaißich aus Tauschau in sein Amt in Gegenwart der sächsischen Kollegien eingewiesen.

Aus dem Auslande.

London, 4. Mai. Nach einer Reutermeldung aus Yokohama zerstörte eine Feuersbrunst 2500 Gebäude. Der Schaden beläuft sich auf eine Million Pf. Sterl. 100 Personen wurden verletzt, 16 werden vermisst.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramme aus Sachsen vom 5. Mai 1919.

Table with columns: Station, Höhe, Temp. gestern, Beobachtung heute (Wind, Temp, Regen, Schnee, Nebel, Wolken), Wetter. Rows include Dresden, Leipzig, Chemnitz, etc.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Erhöhung der Gehälter für Unteroffiziere und Mannschaften vom 1. Mai 1919 ab.

(M.) Sämtliche aktiven Unteroffiziere und über den 30. April 1919 hinaus notwendig zurückbehaltenen Mannschaften erhalten vom 1. Mai 1919 ab die Gehälter der nichtkämpfenden Reichswehr. Bewachungskompanien der Kriegesfergengeräte erhalten ihre bisherigen Gehälter weiter. Die Krankentilgung der Reichswehrangehörigen setzt sich aus mobiler Dienstgradtilgung und 1,50 M. Tageszulage zusammen. Lazarettfranke des alten Heeres erhalten als Ersatz wiedereinstellenden Zuschuß zur Lösung des Unterschiedes zwischen dem auf Grund von A. S. V. 19, Nr. 504 zustehenden Gehältern und denen, welche die Angehörigen der Reichswehr erhalten, sodass sie diesen gleichgestellt sind.

(M.) Nach telegraphischer Mitteilung des Preussischen Kriegsministeriums vom 4. d. M. hat die Reichsregierung entsprechend ihren in der Presse vorläufig bekanntgegebenen Zusagen an die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen endgültig den Beschluss gefasst. Nähere Bestimmungen werden in den nächsten Tagen bekanntgemacht. Die Beschlüsse betreffen folgende Punkte:

- 1. Reform der Militärversorgungsgesetze unter Zingziehung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenorganisationen, Mitarbeit von Kriegsbeschädigten bei den Versorgungsstellen.
2. Gewährung einer laufenden Teuerungszulage in Höhe von 40 Proz. der zahlbaren laufenden Versorgungsgehälter, Anwendungen, Unterstellungen usw. mit Wirkung vom 1. Juni ab.
3. Untertassung jeder Minderung und Entziehung bewilligter Versorgungsgehälter zunächst auf die Dauer eines Jahres im Verwaltungswege.
4. Gewährung von Entlassungszulagen an die zwischen 1. Juli 1916 und 9. November 1918 entlassenen versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten unter den angegebenen Voraussetzungen.
5. Gesetzliche Regelung des Einkommenszwanges.
6. Maßnahmen wegen Wohnungsfürsorge und Siedlung unter Hinzuziehung der Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.
7. Bereitstellung ausreichender Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Wissenschaft und Kunst.

Residenztheater. (Erich Berkens „Ein armer Rusikant“.) Erich Berkens, der Komponist der Operette „Ein armer Rusikant“, die vorgestern abend im Residenztheater zur Aufführung gelangte, macht sein hübsches Talent dem Geschick des breiten Publikums dienstbar und hat deshalb den Erfolg auf seiner Seite. Es kommen Melodien in der Operette vor, die auch dem ungeübten nur halbwegs musikalischen Ohr sich als ihre Idee aufdrängen, sodass man tagelang mit ihnen belästelt umhergehen muß. Das breite Publikum stimmt dem Komponisten bereitwillig zu, der ihm so leicht einträgliche Melodien liefert. Das tut Berkens in reichem Maße. Daß er Talent und wertvollere Einfälle hat, hört man aus einzelnen Stellen der Partitur heraus. In Betrachtung des Kassenerfolges bewegt er sich aber in der Hauptsache in leichtem komischen oder rührungsreichen Geplauder. Nebenfalls hat er Geschick, einen hübschen Text in eine leichte Kunst einzupackieren. Das Textbuch, das Dr. Hans Bachwitz zum Verfasser hat, ist geschickt zusammengestellt. Es stellt dem Komponisten und dem Regisseur dankbare Aufgaben und wirkt auf die Zuhörer erheitend und rührend. Die Aufführung, unter der Spielleitung Direktor Carl Witts, war vorzüglich. Die dankbaren Hauptrollen wurden von Johanna Schubert, Lotte Koch, Hans Jankow, Carl Sulfall und Wilm Karl darstellerisch und gelanglich gut durchgeführt. Man freut sich darüber, daß Johanna Schubert immer fester mit ihrem Rollenfach verknüpft. Ihre Stimme hat zusehends an Umfang und Wohlklang gewonnen und ihre Aussprache ist beinahe tadelloser geworden. Dabei ist ihr Spiel durch große natürliche Anmut begünstigt. Lotte Koch ist eine lebenswichtige komische Darstellerin und wächst zur ebenbürtigen Partnerin des Kets in der Güte seiner Leistungen sich gleichbleibenden Carl Sulfall heran. Auch die Stimme Hans Jankows hat gewonnen. Er hat einen umfangreichen wohlklingenden Tenor, den er zuweilen leider durch unnützes Trüben in seiner Wirkung beeinträchtigt. Willy Karl, unentbehrlich als Charakterkomiker, überragend im Spiel, versteht sich trefflich zu schämein und leistet auch sinnlich Gutes. Die fünf Matadore wurden durch die Vertreter der Nebenrollen, den Chor und die Kapelle, unter der sicheren Leitung Friedrich Korolanis wirkungsvoll unterstützt. Einige der Schläger mußten auf Drängen der Zuhörer wiederholt werden, die Darsteller wurden reich mit Blumen bedacht, und der Komponist konnte sich neben Direktor Witt mehrfach zeigen.

Vollwohltheater. (D. Barth und Willy Deutler: „Gebrochene Blüten“.) Unter dem Titel „Die Verlorenen“ hätte dieses Sittenbild gegeben werden sollen, aber um Verwechslungen vorzubeugen mit dem im Zirkus Sarrasani gegebenen gleiches Ablichter verfolgten Stück „Die Verlorenen“ war die Umtaufe erfolgt. Man kann es nur begrüssen angesichts der furchtbaren Gefahr, die unserem Volkleben durch die durch Unkenntnis und Leichtsinne erfolgte besorgniserregende Verbreitung der Geschlechtskrankheiten droht, daß man im Kampfe gegen sie auch die Bühne heranzieht. Hier in volkstümlicher, allgemein verständlicher Form und Ausdrucksweise die tief einschneidenden, Lebens- und Lebensglück vernichtenden Wirkungen weitesten Kreisen zu veranschaulichen, welche diese eine wahre Geißel der Menschheit darstellenden Krankheiten im

Kreise der Familie hervorzubringen vermögen, das muß ja um so wirksamer sein, weil hier die Handlung in ihrer Bildlichkeit nicht nur als solche, wie in den Vermittlungen, sondern auch noch unterstützt durch die zwingende Logik der Dialektik wirkt. In einer an spannenden Momenten reichen, in klarer Verständlichkeit vor den Zuschauern sich abspielenden Handlung führen es die beiden Verfasser diesen ebenso anschaulich wie gemütbewegend vor Augen, welche ungeheure Gefahren unsere Jugend, ihre Gesundheit und ihr Glück und das ihrer Umwelt in jenen Krankheiten umlauern. Aus dem Munde eines als eine der Hauptfiguren eingeführten Arztes werden die eindringlichen Mahnungen oder Warnungen, welche der Tendenz des Stückes entsprechen, von den Hörern vernommen, und wenn etwas vielleicht noch zu wünschen und anzukreben wäre, um der ganzen Bewegung eine größere Vertiefung zu geben, so wäre es das, daß mit den aufstrebenden Tendenzen auch die einer stärkeren Einwirkung auf die innere Läuterung unserer Jugend, auf die Erweckung und Stählung ihres sittlichen Gefühls zu verbinden sein würde. Wäre es doch überhaupt an der Zeit, daß sich unsere Bühnenkunst endlich wieder einmal von dem einseitigen Bevorzugen der Erotik und ihrer Probleme abwendete. Die Darstellung des Stückes erfolgte durch das Willy Deutlertheater (vom Theater „Groß-Leipzig“, Leipzig) in höchst anerkannter Weise. Namentlich tat sich das im Mittelpunkt der Handlung stehende Liebespaar in der Verflochtenheit durch Hrn. Curt Müller (vom Leipziger Schauspielhaus) und Frä. E. Wagner rühmlich hervor. Ein der älteren Standpunkt den „heimlichen“ Krankheiten gegenüber vertretenden Typus (Hr. Werner vom Stuttgarter Landestheater) stellte die Figur des Arztes (Hr. Wiczorek vom Leipziger Schauspielhaus) den neuesten Gedanken der Aufklärung entgegen. In kleinen Rollen erwiesen sich alle übrigen als tüchtig am Platze. Der Zettel nannte die Namen: Frä. Bläschow-Godebusch, W. H. Koberg, sowie Frau Schneider Starke.

Wissenschaft und Technik. Aus Berlin wird gemeldet: Praktische Lehrgänge für Juristinnen beginnen in Viktoria-Studienhaufe, Charlottenburg, Berliner Straße 37/38, geleitet von Amtsgerichtsrat Dr. Stern. Kursus A: 1. Vormundschaftsweien und Wohlfahrtspflege (Jugendfürsorge, Jugendgericht, Fürsorgeerziehung). 2. Die Praxis in Zivilprozeduren. Teilnahme an Verhandlungen des Zivilgerichts. Kursus B: Teilnahme an Verhandlungen des Jugendgerichts und unbewegliche Vermögen, Konkursverfahren. Teilnahme an Verhandlungen des Jugendgerichts und Besichtigung anderer behördlicher Einrichtungen namentlich auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und Kriegsursorge. Vorbereitungsgeld gemeinschaftlich für beide Kurse Montag, 5. Mai, abends 8 Uhr.

Ein Institut für Arbeitsrecht ist in Frankfurt a. M. in Verbindung mit der Universität und dem Sozialen Museum geplant. Das Institut für Wirtschaftswissenschaften soll mit Rücksicht auf die Sozialisierungspläne in der deutschen Industrie ausgebaut werden.

Der in Jülich wohnhaft gewesene und dort verstorbene Hr. Karl Gustav Henneberg hat der Universität Freiburg i. B. ein Kapital von 50000 M. vermacht mit der Bestimmung, ein Forsch. Henneberg-Stipendium daraus zu errichten. Die Zinsen aus dem Stiftungskapital sollen zur freien Verfügung des Rektorats stehen.

Im Alter von 65 Jahren ist vorgestern in Frankfurt a. M. Hofrat Dr. Bernhard Hagen, der verdienstvolle Begründer und Leiter des städtischen Völkerkundemuseums und ordentliche Honorarprofessor an der Universität Frankfurt, gestorben. 1881 und 1883 unternahm er erfolgreiche Forschungsreisen in die damals fast noch unbekanntem Katafänder und an den Tobago in Zentralamerika. 1887 wurde er von der niederländischen Regierung zum Regierungsrat für die Ostafrika Expedition ernannt; später wirkte er als Arzt der Arabolabokompagnie in Neu-Guinea. Nach Deutschland zurückgekehrt, ließ er sich in Frankfurt a. M. nieder, gründete dort 1901 die Anthropologische Gesellschaft und 1904 das städtische Museum für Völkerkunde. Bald nach Errichtung der Frankfurter Universität wurde er zum Honorarprofessor für Völkerkunde an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ernannt, nachdem er vorher mehrere Jahre in Heidelberg über Geographie, Ethnographie und Vorkgeschichte doziert hatte. Die wertvollen Ergebnisse seiner Tropenreisen und Studien hat er außer in Buchform meist in Fachzeitschriften veröffentlicht. Eine seiner wichtigsten Publikationen ist der mit Unterstützung der Preussischen Akademie der Wissenschaften herausgegebene „Anthropologische Atlas ostasiatischer und melanesischer Völker“.

Literatur. Aus Berlin meldet man: Im Hoftheater gelangte am Sonnabend abend die Tragikomödie „Aleine Slavik“ von Diepenschmidt zur erfolgreichen Aufführung. Das Stück behandelt die Verhehlung einer Verzehmährigen durch Mädchenhändler ins Bordell.

Das Düsseldorfer Schauspielhaus veranstaltete die Aufführung der unter dem Gesamttitel „Die schmerzliche Stunde“ zusammengefaßten drei Einakter von Bar Lagerkvist. Diese drei Dichtungen des jungen Schweden - von Otto Stoedel und Kurt Ström überdient - weisen stark realistische Färbung auf. Sie alle belassen sich mit gedanklichen Erlebnissen während der Sterbestunde: Im ersten Bild wird nur ein Pa'og zwischen dem „Herrn im Frack“ und dem budligen Herrn lang ausgesponnen. Er spielt sich nach einer Epilepsie-katastrophe im Untergrundböhntunnel ab. Das zweite Bild rollt die Schicksale eines Alten auf, der kurze Zeit unglücklich verheiratet war und dann in Einsamkeit seine Jahre ströfen mußte. Am Ende will er's anders anfangen und sieht im Fieberzustand das leichtsinnige Mädchen in sein Heim zurück. Ihr materiell getriebener Sinn in dessen kann sich nicht mit seinem Wesen einen, sodass

diese Seelenqual den Eintritt des Todes beschleunigt. Der letzte Einakter endlich zeichnet die Auffassung eines sterbenden Knaben vom Leben nach dem Tode. Es hält ziemlich schwer, dem Gedankengang des phantastischen Wertes bis in die letzten Gründe nachzuspüren. Vieles blieb schiefhaft. Am nachhaltigsten kam die neuromantische Idee des Stückes, fieberhafte Wahnvorstellungen als wirkliches Geschehen darzustellen, im ersten Bild zum Ausdruck.

Ein neues Stück von Wechthild Sichnowski, „Der Kinderfreund“, kommt am nächsten Sonnabend in den Berliner Kammertheatern zur Aufführung.

Das Würzburger Stadttheater bereitet die Aufführung des Mykteriums „Mammon“ vor Waldried Burggraf vor.

Wie der preussische Kultusminister Haunisch mitteilt, sollen fünf hervorragende deutsche Schriftsteller in die Abteilung für Dichtkunst der Preussischen Akademie der Wissenschaften berufen werden. In erster Linie wird an Gerhart Hauptmann gedacht, mit dem augenblicklich darüber Verhandlungen schweben. Diese Schriftsteller sollen dem Ministerium in allen Fragen der Literatur beaufachtend und beratend zur Seite stehen.

Bildende Kunst. Die kunstgeschichtlich wertvolle, aber seit Jahrzehnten vernachlässigte Karmeliterkirche in Frankfurt a. M. wird zu einem Museum mittelalterlicher und neuzeitlicher Bildhauerkunst hergerichtet.

Der Stadt Wien droht ein neuer, schwerer Kunstverlust. Das Land Tirol beabsichtigt die Übertragung eines Teiles der altberühmten Ambrasersammlung - so genannt nach ihrem ersten Aufenthaltsorte, dem Schlosse Ambras in Tirol - nach Innsbruck. Deshalb ist an den Wiener Stadtrat der Antrag gestellt worden, der Bürgermeister möge bei der Staatsregierung gegen den Plan vorkessig werden. Wenn künftig Ansprüche auf Kunstsätze in Wien erhoben werden, sollte nicht die Stadt, sondern die anderen Staaten den Rechtstitel für die Ansprüche erbringen müssen. Die Gemeinde Wien soll sich gegebenenfalls dagegen wehren, daß Kunstsätze von Wien weggebracht werden.

H. Hofrat Prof. Max Bräuner, der bekannte Bühnenmaler und Schöpfer der Bayerischen Festspieldekorationen ist, wie aus Koburg gemeldet wird, dort im Alter von 83 Jahren gestorben. Sein Name wird als eine der künstlerischen Stützen Bräunthes dauernd in der Geschichte des Wagnerischen Kunstwerkes fortleben. Ganz abgesehen davon aber war er auch einer der phantasievollsten und technisch vollendeten Dekorationsmaler überhaupt, welche die lange Geschichte der Illusionsbühne gesehen hat.

Theater. Aus Leipzig wird uns von unserem Mitarbeiter geschrieben: In den jezt zum Abschluß gelangten, trotz der darüber schwebenden politischen Wolken so über Erwarten glänzend verlaufenen Tagen unserer Frühjahrsmesse haben die Theater unbetritten in ganz seltenem Umfang zur Befriedigung des auf dem Felde der dramatischen Kunst anspruchsvolleren Teiles der nach vielen Zehntausenden zählenden Besucher der ihres Wertes sich durchaus würdig erweisenden historischen Messestadt beigetragen. Im Schauspielhaus lockte das lange versemte, in Größlichteun mancherlei Art mit wollüstigem Behagen schwebende Sittenemalder „Rusik“ von Frank Wedekind fremde und einheimische Freunde absonderlicher geistiger Produkte an, um sie dank einer von Direktor Frick Viehweg selbst besorgten intimen Abtönung, dank der, selbst berühmte Vorbilder auf dem Gebiete naturalistischer Darstellungs-kunst noch überragenden Leistung der Liva Carstens als unglückselige Alara und dank des tiefgehenden Gehalt erweckenden Epischen Reifner des Hrn. Leibelit zu einem dem Beifall zu zwingen. - In der Mitte der im Neuen Theater veranstalteten Neuf-Sondervorstellungen, denen nicht nur die Zahl angesehener Gäste und die sorgfältige Vorbereitung, sondern auch das Publikum in dem feillich erleuchteten Hause einen aparten Charakter verleiht, stand zwar ebenfalls keine Aufführung, doch erwies sich Gerhart Hauptmanns wohlbekannte Komödie „Kollege Crampton“ mit Hrn. Hanns Fischer von dem Sächsischen Landestheater in Dresden in der Titelrolle als durchschlagendstkräftig genug, um eine ungewöhnliche Wirkung zu erlangen. Am erheblichen Teil mochte diese dem an Stelle von Albert Hoffmann erschienenen Gast gelten, der es verstand, mit knapper Sicherheit das Bild des in Alkoholisimus und Größenwahn schwebelnden Neurosenhikers zu zeichnen. Auch die von dem wieder glücklich genesenen Spielleiter Karl Guth beiorate Inszenierung und übrige Föehung entsprach fast durchweg den Wünschen des Dichters. - Wie bei der Rolle, welche die Oper an unseren städtischen Bühnen seit Jahrzehnten innehat, durchaus selbstverständlich, bildeten die Aufführungen von Wagners „Der fliegende Holländer“ und von Bizets Meisterwerk „Carmen“ die Haupttrümpe des trotz der mehrfachen Abgaben glatt und gortreich gewonnenen Erfolges. Auch hierbei war es ein Stern von einer Dresdenener Bühne, der als Ketter für den verhinderten Mäehener Kammerjänger Bender erlösendes Licht beider: der Holländer Friedrich Bläschke ist eine, den Hörer in Mann schlagende, sich tief einprägende Meisterleistung, die selbst die darstellerisch und gelanglich eisklassige Zenta der aus Berlin herübergekommenen Barbara Kemp und mehr noch den in den Schwächen eines verwohlenen Tenors schwebelnden Eril des reichsbauptstädtischen Kammerjägers Robert Gutt in den Schatten zu drängen vermochte. Herr Knäpfer aus Berlin als Daland fühlte sich an der Stätte, auf der er vor Jahrzehnten seine ersten Erfolge in Bufforollen erzielte, erschallisch wohl. Von den bis zur Begeisterung gesteigerten Ovationen konnten auch die einheimischen Faktoren ihr ehrlich Teil in Anspruch nehmen. - Das gleiche gilt von der am Mittwoch erobten „Carmen“-Aufführung und zwar nicht zuletzt von der ebenio temperamentvollen wie feinfühlerigen Dirigentenleistung Otto Lohbes und der vor keinerlei Schwierigkeiten zurückredenden Bühnenleitung Karl Schäfers, wennleich das Hauptinteresse von den vier Gästen in Anspruch genommen wurde. Unter diesen fanden die weiblichen Kräfte in erster Linie: die Frau Hoffmann-Dnegin aus Stuttgart mit einem

Der Kaufmann Hans Albrecht Bärner in Götzsch... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Der Richter habe die Befugnisse zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die fünfte Zivilkammer des Landgerichts in Leipzig...

auf den 25. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßvollmächtigten vertreten zu lassen.

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts Leipzig, am 24. April 1919.

Die kaufmännische Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

auf den 25. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßvollmächtigten vertreten zu lassen.

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts Leipzig, am 25. April 1919.

Auf Blatt 134 des Handelsregisters, die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

auf Blatt 830 des Handelsregisters, die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf dem die Firma...

2. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

3. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

4. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

5. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

6. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

7. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

8. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

9. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

10. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

11. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

12. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

13. auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Das im Grundbuche A für... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

auf den 26. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Das Grundstück ist nach dem Grundbuche... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Der ein der Verfeinerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 978, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

2. auf Blatt 1435, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

3. auf Blatt 1476, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

4. auf Blatt 1396, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 467 bei der Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 258 des Handelsregisters, die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 110 des Handelsregisters, betreffend die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 23 des Genossenschaftsregisters, betreffend die... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 20 des Handelsregisters, betreffend die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 23 des Genossenschaftsregisters, betreffend die... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 17026 des Handelsregisters ist heute die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Der Vorstand der Gesellschaft besteht je nach Bestimmung... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Das im Grundbuche für... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Der ein der Verfeinerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 77 des Handelsregisters, die... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 17629 des Handelsregisters ist heute die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird bekanntgegeben: Die... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 17627 die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

2. auf Blatt 17628 die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

3. auf Blatt 190, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

4. auf Blatt 2296, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

5. auf Blatt 2341, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

6. auf Blatt 4286, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

7. auf Blatt 8844, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

8. auf Blatt 11337, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

9. auf Blatt 11961, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

10. auf Blatt 17072, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

11. auf Blatt 127, betr. die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 320 des hiesigen Handelsregisters, auf dem die... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Auf Blatt 675 des hiesigen Handelsregisters, die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Das im Grundbuche für... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

auf dem die Firma... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Der ein der Verfeinerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung... Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. J. Sch. in Leipzig...

Aufgebot.

Frau Martha Magdalena verehel. Wurder geb. Wänel in Plauen, Reichendachstraße 1, hat beantragt, ihren am 7. November 1856 zu Plauen geborenen, zuletzt dohlsch wohnhaft gewesenen und seit dem Jahre 1899 verschollenen Ehemann, den Oekonom Julius Otto Wurder für tot zu erklären.

Der genannte Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 9. Januar 1920, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Amtsberg 6, Erdgeschoss, Zimmer 80, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen verbindlich ist, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Das Amtsgericht.
In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:
a) auf Blatt 3466 die Firma **Paul Tebes** in Plauen und als Inhaber der Kaufmann **Paul Tebes** dafeldt;
b) auf Blatt 3467 die Firma **Kugust Rehter** in Plauen und als Inhaber der Kaufmann **Kugust Rehter** dafeldt.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 165 des Handelsregisters ist heute die Firma **Friedrich Stoy** in Hilmersdorf und als deren Inhaber der Kaufmann **Christian Friedrich Stoy** in Hilmersdorf eingetragen worden.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 166 des Handelsregisters ist heute die Firma **Hugo Reichel** in Griesbach und als Inhaber der Kaufmann **Hugo Reichel** in Griesbach eingetragen worden.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Das Amtsgericht.
Auf Blatt 1336 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma **Bezirksfidejuciationsgesellschaft Jitzau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Jitzau.

Nährmittel-Verteilung.

- § 1. Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom 13. April bis 10. Mai 1919 abgegebenen Nährmittelformen werden weiter befreit:
a) Abschnitt 6 der gelben Nährmittelform A mit 1/2 Pfund Rindergerstemehl,
b) Abschnitt 6 der roten Nährmittelform B mit 1/2 Pfund Osefnährmitteln und 1/2 Pfund Gerst,
c) Abschnitt 6 der grünen Nährmittelform C mit 1/2 Pfund Osefnährmitteln,
d) Abschnitt 6 der blauen Nährmittelform D mit 1/2 Pfund Rindergerstemehl.

§ 2. Die Abschnitte sind in einem Kleinhandelsgeschäft am 5. oder 6. Mai 1919 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufgerechnet und verpackt der zuständigen Beiratsstelle am 7. oder 8. Mai 1919 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

- § 3. Als Bezugsstellen sind eingerichtet:
1. für Abschnitt 6 der gelben und blauen Nährmittelform A und D
a) für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhandler m. b. H. in Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden,
b) im übrigen die Firmen:
R. Hennig & Co., Ostro-Allee 29,
Werbis & Mehter, Deventerstraße 11,
Georg Wöhle Nachf., Steinstraße 9,
Arthur Gihner, Ludwigsstraße 5,
Max Ulrich, Berberstraße 2,
Otto Kormann, Firlstraße 29.

§ 4. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 12. Mai 1919 erfolgen.

§ 5. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 40 Pf. für 1/2 Pfund-Paket Rindergerstemehl, 62 Pf. für 1 Pfund lose Osefnährmittel und 48 Pf. für 1 Pfund Gerst.

§ 6. Zuwendungsleistungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 befristet. Die Bestimmungen in § 3 der Bekanntmachung vom 12. November 1918 bleiben in Kraft.

Der Rat zu Dresden.
Die durch Berufung des bisherigen Inhabers in ein anderes Amt freigebliebene

Stelle eines Stadtrats der Stadt Chemnitz soll möglichst bald wieder besetzt werden.

Das Grundgehalt beträgt zurzeit 7000 M. jährlich und erhöht sich in 6 Zwischenräumen von je 3 Jahren um je 500 M. bis auf 10 000 M. Neben dem Gehalt werden Teuerungszulagen gewährt.

Bei der Feststellung des Ruhegehalts wird die im Reichs-, Staats- oder Gemeindebedienste und in dem vorgeschriebenen Vorbereitungsdienste verbrachte Zeit angerechnet.

Dem Inhaber der Stelle sowie seinen Hinterlassenen steht das Recht auf Ruhegehalt nach Maßgabe der Bestimmungen für die hiesigen Zivilbeamten in der Besondereverordnung zu, daß der Höchsthöhebetrag des Ruhegehalts (80/100) bereits nach 34 Dienstjahren gewährt wird.

Bei der Feststellung des Ruhegehalts wird die im Reichs-, Staats- oder Gemeindebedienste und in dem vorgeschriebenen Vorbereitungsdienste verbrachte Zeit angerechnet.

Umgangensfähig wird, wenn der Gewählte verheiratet ist, nach Höhe von 10 % des Anfangsgehaltes gezahlt.

Die Wahl erfolgt zunächst auf sechs Jahre, im Falle der Wiederwahl gilt sie auf Lebenszeit. Bei Nichtwiederwahl wird die Hälfte des Gehalts als jährliches Ruhegehalt gewährt.

Bewerber, die die Befähigung zur Annahme eines selbständigen Richteramtes besitzen und in der Gemeindeverwaltung bereits tätig sind, wollen ihre Gesuche mit Zeugnissen und Lebenslauf bis zum

26. Mai 1919 in der Kanzlei der **Stadtverordneten, Rathaus,** einreichen. Persönliche Vorstellung ist zunächst nicht erwünscht.

Einladung
zur außerordentl. Hauptversammlung des
Sächsischen Offiziers-Hilfsbundes e. V.
Dresden
Mittwoch, den 21. Mai 1919,
nachmittags 4 Uhr,
in der Deutschen Bank, Dresden, Ringstraße 10.
Tagesordnung:
Besprechung und Abänderungen der Satzungen.
Dresden, den 5. Mai 1919. 4854
Der Vorsitzende:
J. Hiller, Generalleutnant a. D.

Baubank für die Residenzstadt Dresden
Die neuen Gewinnanteilscheine Nr. IV, enthaltend die Gewinnanteilscheine Nr. 31 bis 40 zu unseren Aktien, gelangen vom 7. Mai 1919 ab in unseren Geschäftsräumen, König-Johannstraße 15, I., zur Ausgabe.
Die Erneuerungsscheine sind mit einfachem Nummernverzeichnis, zu welchem Formulare an unserer Kasse zu entnehmen sind, einzuziehen.
Dresden, den 3. Mai 1919. 4853

Baubank für die Residenzstadt Dresden.
Für Herren mit
höherer
Schulbildung
Lehrer Sonderkursus i. Buchführ.,
Korrespondenz, Effekten-, Wechsel-,
u. Wechselkunde, kaufmänn. Rechnen,
Allgem. kaufm. Wissen.
Dauer 8-10 Wochen. Beteiligung
an einzelnen Höchern ist zulässig.
Stenogr. u. Maschinenschreib. kann
angehängt werden. Verlangen
die Prospekt H. 4277

Rackow
Handels- und Sprachschule,
Altmarkt 15,
Albertplatz 10.
Fernspr. 17137.

Landesanzeiger
Dienstag, den 6. Mai.
Landestheater.
Opernhaus.
Hedra. Oper von Ludwig
van Beethoven. (Kontrabaß: Char-
lotte Bieder-Rimpel als Sop.)
Anfang 7 Uhr.
Mittwoch: **Mignon.** Oper in
3 Akten in Benutzung des Goethe-
schen Romans „Wilhelm Meisters
Lehrjahre“ von Michel Carre
und Jules Barbier, deutsch von
Ferdinand Hempel. Musik von
Ambroise Thomas. Anfang
7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Schauspielhaus. Anfang
7 1/2 Uhr.
Mittwoch: **Brand.** Anfang
6 Uhr.

Albert-Theater.
Der Schwarzkünster. Lust-
spiel in drei Akten von Emil
Witt. Anfang 7 Uhr.
Mittwoch: **Liebe.** Eine Tra-
gödie in fünf Aufzügen von
Anton Wildgans. Anfang 7 Uhr.

Residenztheater.
Ein armer Anstaltler. Oper-
ette in drei Akten von Dr.
Danz Bachwitz. Musik von
Erich Werker. Anfang 7 Uhr.
Ende nach 10 Uhr.
Mittwoch: Dieselbe Vor-
stellung.

Centraltheater.
Die Gaus Kaiser. Anfang
7 Uhr.
Mittwoch: Dieselbe Vorstel-
lung.

Viktoria-Theater.
Heute und folgende Tage:
Hartlein mit Gesellschaft: „Emil,
nimm dich in acht!“ Anfang
7 Uhr. Sonntags 3 und 7 Uhr.

Thymian
Thalia-Theater.
Täglich Vorstellung. Anfang
7 Uhr. Sonntags drei Vor-
stellungen 11, 3 und 7 Uhr.

U.-T.-Lustspiele.
Eine junge Dame von Welt,
Schauspiel in 4 Akten. — Die
Höllenschne, Schwank in 4
Akten.

Die Geburt eines gesunden **Jungen** zeigen hoch erfreut an
Hauptmann v. Keller,
s. S. Engelberg (Schweiz)
Frau Hildegard v. Keller geb. v. Römer,
s. S. Potsdam, Breitestr. 10,
den 30. April. 4856

Chronik der Zeit.

Monat April.

21. Der Reichsminister des Auswärtigen richtet an seinen Vertreter in Spaas folgendes Fernschreiben: Bitte dortigem französischen Vertreter zur Weitergabe an die alliierten und assoziierten Mächte folgendes mitzuteilen: Nachdem der französische Ministerpräsident und Kriegsminister der deutschen Regierung die Aufforderung der alliierten und assoziierten Regierungen übermitteln hat, die deutschen Delegierten mit einer ebenso vollständigen Ermächtigung zu Verhandlungen über die Gesamtheit der Friedensfrage zu versehen, wie sie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen besitzen, hat die deutsche Regierung in der Voraussetzung, daß im Anschluß an die Übergabe des Entwurfes der Präliminarien Verhandlungen über deren Inhalt beabsichtigt werden, folgende mit entsprechender Vollmacht versehene Personen zu Delegierten bestimmt: Reichsminister des Auswärtigen Dr. Graf Brockdorff-Rausan, Reichsjustizminister Dr. Landsberg, Reichsvolkminister Giesberts, Präsident der preussischen Landesversammlung Leinert, Dr. Karl Melchior, Prof. Dr. Schüding. Als Begleiter der Delegierten sind weitere Personen in Aussicht genommen, deren Namen und Stellung die deutsche Regierung baldigst in einem zweiten Telegramm bekannt geben wird. Die deutsche Regierung ist bereit, die vorkommenden bezeichneten Personen nach Versailles zu entsenden, wenn ihr die Zulassung gegeben wird, daß den Delegierten und ihren Begleitern während ihres Aufenthaltes dort Bewegungsfreiheit, sowie freie Benutzung von Telegraph und Telefon zum Verkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet ist. Sie behält sich vor, für einzelne Friedensfragen nachträglich besondere Sachverständige zu benennen. Die Abreise der Delegierten und ihrer Begleiter würde sich jedenfalls um einige Tage verzögern.

Gez. Brockdorff-Rausan.

Der Präsident der Volkammer, Julius Fräßdorf, richtet an die Gattin des ermordeten Ministers für Militärwesen Keuring das folgende Beileidschreiben:

Liebe Frau Keuring! Kommt der Volkammer, der Ihr lieber Mann angehört, drüde ich Ihnen das tiefste Mitgefühl zu dem schmerzlichen Schicksalsschlag aus, der Sie und Ihre Familie betroffen. Ihr braver Mann, der diesen Ehrenamt in vollem Umfange verdient, fiel in Wahrung der Volkinteressen einem verheerlichen, vorbereiteten Verbrechen zum Opfer, das seine Sühne finden wird. Sie betrauen, tieferschüttert, Ihren schweren Verlust, der auch der unsrige ist. Das Andenken an unseren lieben Kollegen Keuring wird nicht nur in der Volkammer, sondern im ganzen Volke fortleben. Ich helfe aber Ihrer einen treuen, aufrichtigen Freund, und traure mit Ihnen und Ihrer Familie. Fräßdorf, Präsident der Volkammer.

Namens des Rates der Stadt Dresden sendet Oberbürgermeister Blüher an Frau Keuring die nachstehende Beileidsbekundung:

Sehr geehrte Frau Keuring! Gedenken Sie mir, im Namen des Rates zu Dresden Ihnen und Ihrer Familie die aufrichtigste Anteilnahme an dem erschütternden Heimgange Ihres Hrn. Gemahls zu versichern. Sein tiefbetrübendes Ende erfüllt alle mit tiefem Abscheu vor der entsetzlichen Tat, die Staatsregierung und sächsische Körperschaften eines der verdientesten Mitarbeiter beraubt hat. In verzögerter Hochachtung Blüher.

Die Reichsregierung beabsichtigt die Einstellung des Betriebes der Spandauer Heereswerkstätten.

In Lindau wird die Räteregierung abgelehnt.

Der Gemeinderat der Stadt Paris nimmt angelehnt des Sieges den 1. Mai als Feiertag an.

22. General Rubant, der Vorsitzende der händigen interalliierten Waffenstillstandskommission richtet an den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaas folgendes Note: Der Marschall Oberbefehlshaber der verbündeten Armeen telegraphiert unter der Nr. 2093: Wollen Sie die folgende Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen der deutschen Regierung übermitteln: 1. Die deutschen Delegierten können abreisen, wann sie hierzu bereit sind. Die deutsche Regierung wird gebeten, den Termin ihrer Abreise so schnell wie möglich bekanntzugeben. Ihre Reise im alliierten Gebiet wird so geregelt, daß sie abends in Versailles ankommen, um in Ruhe sich einzurichten zu können. 2. Die deutschen Delegierten werden jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Mission haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telefonische Verbindung mit ihrer Regierung. 3. Die deutschen Delegierten können schon jetzt eine Dreimitgliederkommission nach Versailles senden, um die Unterbringung vorzubereiten. (gez.) Rubant

Die ausländischen Angehörigen der Berliner Großbanken halten Betriebsversammlungen ab, in denen zum Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Stellung genommen und beschlossen wird, den Ausstand abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Unruhen in Hamburg nehmen ihren Fortgang. Die braunschweigischen Volksbeauftragten Oetzer und Eckardt werden aus der Schutzhaft, in die sie genommen worden, wieder entlassen.

In der Zahl der Ausständigen im Ruhrgebiet ist ein weiterer erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Im Ruhrgebiet erlischt der Ausstand vollständig.

Aber die bayerische Presse wird die Müllergewerkschaft verhängt.

Präsident Wilson erklärt auf eine Anfrage über seine Haltung gegenüber dem geplanten Verteidigungsbündnis zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, er wolle nichts unternehmen, was den Völkerbund gefährden könnte, oder mit dessen Grundlagen in Widerspruch stehe.

23. Der Reichspräsident erläßt folgende Verfügung: „Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit wird hiermit über das Gebiet des Reichsgebietes Sachsen der Belagerungszustand verhängt. Mit der Durchführung der sich hieraus ergebenden Maßnahmen wird die sächsische Regierung beauftragt. Berlin, den 23. April 1919. Der Reichspräsident: Ebert. (gez.) Scheibemann.“

Die deutsche Regierung veröffentlicht gegenüber dem Pariser Völkerbundentwurf vom 14. Februar d. J. eigene Vorschläge, die sich von ihm in wichtigen Punkten unterscheiden. Während nämlich der Pariser Entwurf, wie es scheint, auch in seiner neuen Fassung, die Leitung des Bundes einem bürokratischen Kollegium überweist, das nach dem Majoritätsprinzip gebildet ist, und auf eine Befähigung der fünf siegreichsten Großmächte in ihrer Herrschaftsfeststellung hinausläuft, vertritt der deutsche Entwurf den Grundsatz gerechter Gleichheit und demokratischer Parität. Er setzt neben die obligatorische Schlichtung als das negative Ideal der Kriegsverhütung das positive Ideal der internationalen Arbeitsgemeinschaft im Dienste des geistigen und materiellen Fortschritts der Menschheit. Nach dem deutschen Entwurf umfaßt der Völkerbund ohne weiteres alle kriegsführenden Staaten und solche, die erst während des Krieges entstanden sind, sowie alle Neutralen, die dem Haager Weltfriedensvertrage angehören. Andere Staaten bedürfen zur Aufnahme eines Mitgliedsbeschlusses der Bundesorgane. Dem päpstlichen Stuhl bleibt der Eintritt auch ohne diese Voraussetzung vorbehalten. Gegenüber den Nichtbundesstaaten, die als seltene Ausnahme gedacht werden, bilden die Völkerbundstaaten eine Einheit zur gemeinsamen Verteidigung. In Fragen der inneren Politik gilt dem Bunde der Grundsatz der Nicht-einmischung. Nur für nationale Minderheiten ist die Befugnis vorgesehen, Organe des Bundes zur Wahrung der Rechte und Pflichten ihres Eigenlebens in Sprache, Schule, Kirche, Kunst, Wissenschaft und Presse anzurufen. Der zweite Artikel des Entwurfes bestimmt als Organe des Völkerbundes zunächst den Staatenkongreß und das Weltparlament. Der Staatenkongreß wird durch Vertreter aller Regierungen mit gleichen Rechten gebildet. Die weiteren Abschnitte behandeln die friedliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten, die Verhütung internationaler Streitigkeiten, die Abrüstung, die Verkehrsfreiheit, Schutz der internationalen Minderheiten, Arbeitsrecht, Kolonien. Bestimmungen über die Einzelheiten der Finanzverwaltung und die Kosten der Völkerbundverwaltung schließen den Entwurf.

In Leipzig bildet sich der Große Arbeiterrat neu. Das Präsidium bilden: Dr. Geier, Lieberich, Schröder, Otto Runge und Ehrhardt. Den Hauptauschub bilden 25 Mitglieder der Unabhängigen Partei.

In Bremen wird die von den Ordnungsparteien eingeleitete Streikbewegung gegen den politischen Generalausstand der tabakalen Arbeiter fortgesetzt. Die Bremer Nationalversammlung tritt zu einer Sitzung zusammen, die einen ähnlichen Verlauf nimmt. Ein Antrag der Regierung ein Notstandsdekret zu erlassen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten abgelehnt.

Der Ausstand in Oelschlesien wird als erledigt erklärt. Präsident Wilson gibt eine Erklärung ab, die die Anerkennung von Italiens Ansprüchen auf Triume ablehnt. Daraufhin teilt Orlando mit, daß er Paris verlassen und sich nach Italien zurückbegeben werde.

Genar Low erklärt gegenüber einer Abordnung der liberalen Frauen, die Strafen der Modade sei schon sehr gemildert worden, um die Verschiffung der für Deutschland und Österreich bestimmten Lebensmittel zu erleichtern. Bei Unterzeichnung des Friedens würden alle Einverständnisse befristet werden. Er erwarte auf jeden Fall Vorkehrungen, die es den Verbündeten ermöglichen würden, die große Not in jenen Ländern zu mildern.

Der russische Finanzminister Ichtischerin erklärt im Namen der russischen Regierung, daß diese bereit sei, den finanziellen Verpflichtungen der früheren Regierung im Auslande nachzukommen, falls die gegenwärtige Regierung von den Verbänden anerkannt werde.

In Konstantinopel brechen schwere Unruhen aus. Anhänger des früheren Komitees für Einheit und Fortschritt erheben sich gegen die Regierung, um eine türkische Sowjetrepublik auszurufen.

24. Der Oberste Wirtschaftsrat der Verbändmächte verhandelt unter dem Vorsitz von Lord Robert Cecil die Frage der Wiederherstellung des Zolltarifs und bewilligt das deutsche Ansuchen um Erweiterung der Fischereirechte. Der Rat stimmt ferner auch einem Vorschlage betreffend härtere Ausübung der Hungers-Elberträge für die Verhütung der Fischerei-Blutungen zu.

Die unabhängigen Sozialdemokraten, die in Reich a. L. die Regierungsgewalt besitzen, beschließen, sich den Kommunisten anzuschließen.

In Bremen dauert der Notwehrstreik der Ordnungsparteien an.

In der Friedenshütte in Rattow sind Verhandlungen statt, in deren Verlauf die angekündigte Abiegung der beiden Direktoren zurückgezogen wird. Ein Schiedsgericht fällt den Spruch, daß die Abiegung der Beamten der Cleophasgrube zu Unrecht geübt sei. Darauf begeben sich die Arbeiter in die Wohnung des Direktors Jüngst von der Rattowitzer Bergverwaltung, führen ihn in das Jochenhaus und erpressen von ihm unter Androhung schwerer körperlicher Mißhandlung die Zahlung der Bezahlung der letzten Streikschriften. Die Direktion erkennt diese Forderungen nicht an.

In Augsburg wird die Arbeit in den Fabriken in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Im braunschweigischen Nationalparlament unterbreitet der Staatskanzler Dr. Renner eine Initiative, in der mitgeteilt wird, daß die deutsche Reichsregierung an die deutschösterreichische Staatsregierung die Einladung ergehen ließ, fünf Mitglieder der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu den Beratungen des deutschen Verfassungsausschusses zu entsenden. Diese Abordnung hätte die Aufgabe, an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen. Die Nationalversammlung wählte den Sozialdemokraten Ab. den Christlichsozialen Komrad, den Großdeutschen Wober, ferner Professor Engelmann und den Deutschböhmen Hildebrandt zu Delegierten für die Beratungen des deutschen Verfassungsausschusses in Weimar.

Der englische Gesandte Oberst Cunningham teilt auf Ersuchen der ungarischen Räteregierung an die Wiener Ver-

bandskommission um Waffenstillstandsverhandlungen der ungarischen Regierung auf Anweisung aus Paris mit, daß der Verband zu einem Waffenstillstande bereit sei, falls die Räteregierung abdankt und ein Kabinett aus Vertretern aller bürgerlichen Klassen Ungarns gebildet würde. Ferner müßten alle Räteresolutionen über Privatbesitz und Einschränkung der persönlichen Freiheit sofort aufgehoben werden. Oberst Cunningham begibt sich mit zwei Mitgliedern der Verbandskommission im Sonderzuge nach Budapest.

Orlando veröffentlicht seine Antwort auf die Erklärung des Präsidenten Wilson in der Adresse. Er sagt, diese Erklärung sei ein Versuch, einen Gegensatz zwischen der Regierung und dem Volke Italiens hervorzurufen. Wilson behandle die Italiener, als ob sie Vorbereitungen ohne eine demokratische Regierung wären. Er schließt mit einer Freundschaftsbezeugung für das amerikanische Volk.

Orlando, Barghini und Taja reisen abends von Paris nach Rom ab.

Auf die Aufforderung der römischen Abendblätter, für die italienischen Ansprüche Kundgebungen zu veranstalten, versammelt sich im Laufe des Nachmittags auf der Piazza Colonna in Rom eine Volksmenge. Unter Vorantragung von Fahnen, auf denen „Es leben die Vereinigten Staaten von Italien, Triume, Orlando, Sonnino“ geschrieben steht, und unter Abkündigung der Nationalhymne ziehen die Demonstranten, an der Spitze der Bürgermeister, die Kammermitglieder, Senatoren, Abgeordnete und Offiziere, zum Kapitoll. Dort hält der Bürgermeister eine Rede, in der er erklärt, Italien wolle allen Verrat, der durch Intrigen an seinen Kriegsziele begangen werde, zurück und wolle nicht, daß der Feind die Früchte seines Sieges ernte.

Die Vereinigten Staaten von Amerika teilen Großbritannien mit, daß sie das britische Konsulat in Kaporten anerkennen. Die Note spricht die Sympathie Amerikas mit den Bestrebungen der Kaporten aus, demütigt aber die Versuche, sie auf gewaltsamen Wege sicherzustellen.

25. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten aller Parteien zur deutschen Nationalversammlung und zur preussischen Landesversammlung nehmen eine Entschließung an, die sich gegen die Verletzung schleswig-holsteinischer Gebiete durch Deutschland richtet.

In Hamburg, Altona und Cuxhaven müssen wegen Kohlenmangels 35 Dampfer aufgelegt werden.

Die Verhängung des Belagerungszustandes über Sachsen durch die Reichsregierung wird von der „Leipziger Volkszeitung“ als eine ungeheuerliche Provokation der Leipziger Arbeiterkraft bezeichnet, die begangen werde, um einen Vorwand für die Entsendung von logen Weihenwachen nach Leipzig zu haben. Die Verhängung des Belagerungszustandes bedeute eine Kriegserklärung an die Leipziger Arbeiterkraft, die den Kampf aufnehmen und sich nicht unter die Militärdiktatur der Generale Hoffes beugen werde. Der Leipziger Große Arbeiterrat habe einen ungehörigen Verlauf der Leipziger Engrosmesse gewährleistet. Wenn nunmehr die sächsische Regierung mit allen Kräften darauf hinarbeite, die Ruhe und Ordnung in Leipzig zu fördern, so erkläre der Große Arbeiterrat dazu: Wenn bis Sonntag (27. April) die sächsische Regierung den Belagerungszustand nicht aufgehoben und nicht dafür Sorge getragen habe, daß die Regierung Ebert Scheibemann den ihrerseits verhängten Belagerungszustand wieder aufhebe, so nehme der Leipziger Arbeiterrat seine Gewährleistung für einen ununterbrochenen Verlauf der Leipziger Engrosmesse zurück, jedoch das Ziel der Messe voll ständig ungewiß sein werde.

Die Neubildung der braunschweigischen Regierung kommt zunächst noch nicht zustande.

In Gießen entwickeln sich Unruhen, die zur Verhängung des verhängten Belagerungszustandes über die Stadt führen.

In Duisburg beabsichtigen die Kommunisten erneute Gewaltmaßnahmen. Daraufhin werden 13 ihrer Vertreter verhaftet. Beim Zusammenritt der ausländischen Nationalversammlung überreicht Staatsminister Pas das Rechtsgesuch der Regierung. Es wird angenommen, die alte Regierung aber ersucht, bis zur Bildung einer neuen Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

26. Der mit der Wahrung der Geschäfte des Ministeriums für Militärwesen beauftragte Hr. Reichhol wird zum Minister für Militärwesen berufen.

Reichsminister Erzberger richtet an den Marschall Koch eine Note, in der Beschwerde wegen der Rede des Generals Haller erhoben wird, die er am Dienstag in Krotzschin bei Gelegenheit einer Parade der dortigen polnischen Truppen gehalten hat. In dieser Ansprache betonte General Haller, daß Danzig unter allen Umständen polnisch werden müsse.

Die Verbändmächte überreichen in Spaas eine Note, in der Clemenceau, der Vorsitzende der Friedenskonferenz, im Namen der französischen, britischen, amerikanischen und italienischen Regierung die deutsche Regierung auffordert, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen, damit den Wünschen der alliierten und assoziierten Regierungen Genüge getan werde, um die mit Deutschland im Gange befindlichen Unterhandlungen der alliierten und assoziierten Mächte über die Deutschland zu liefernden Nahrungsmittel und Rohstoffe zu erleichtern und zu beschleunigen. Die fünf alliierten und assoziierten Regierungen laden die deutsche Regierung ein, eine Kommission von Spezialfachverständigen für Volksernährung, Seetransporte, Rohstoffe, Handel und Verkehr nach Versailles zu entsenden. Reichsminister Erzberger läßt daraufhin nach Spaas folgende Antwortnote übermitteln: Erlaube, morgen General Rubant mitzuteilen, daß die deutsche Friedensdelegation dem in der Depesche von Hr. Clemenceau geäußerten Wunsch entsprechend bereits 25 Delegierte aus wirtschaftlichen und industriellen Gebieten umfaßt. Näheres wird die deutsche Friedensdelegation mündlich mitteilen. Sollte eine ergänzende Kommission notwendig sein, so würde diese schnellstens nach Versailles abreisen.

27. Der Vorsitzende der britischen Mission überreicht der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa folgende Note: Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen beschließen haben, nach Mitternacht vom 28. zum 29. April alle schwarzen Listen von Firmen und Personen, die sie veröffentlicht oder zusammenge stellt haben, zurückzuziehen und alle Verbote in Bezug auf Handel und Handelsbeziehungen mit Firmen oder Personen solcher Listen außer Kraft treten zu lassen. Die alliierten und assoziierten Regierungen behalten sich das Recht vor, alle oder einige solcher schwarzen Listen wieder einzuführen, falls sich dies als notwendig ergebe sollte. ges. Daking.

In Leipzig findet eine machtvolle Kundgebung für den Völkerverbund statt.

Der Landesvorstand und die Leipziger Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erlassen folgende Erklärung: Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokraten in Leipzig erkennt getreu den Beschlüssen der Landeskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vom 18. April den Belagerungszustand sowohl der sächsischen als auch der Reichsregierung als rechtmäßig und rechtswirksam nicht an. Sie fordert die Parteimitglieder auf, den Kampf gegen den Belagerungszustand nach den Beschlüssen der Landeskonferenz mit aller Energie zu führen. Sofern die Regierung die Leipziger Arbeiterschaft nicht weiter provoziert, wird die Leipziger Presse durch die politisch organisierte Arbeiterschaft der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Leipzig nicht gestört.

In Amsterdam tritt eine internationale Sozialistenkonferenz zusammen, auf der folgende Fragen behandelt werden sollen: 1. die territorialen Fragen, 2. der Wiederaufbau der Internationalen und das Manifest von Moskau, 3. die Entwicklung der Arbeiterbewegung, 4. der im August in Luzern stattfindende internationale Sozialistenkongress, 5. die Friedenspräliminarien. Von deutschen Sozialisten nehmen u. a. Bernheim und Haase an der Tagung teil.

Aber das ganze rechtsrheinische Bayern wird das Ständerecht verhängt.

Die Nachtprobe, welche die Nürnbergger Kommunisten angeht hatten, und die zur Ausrafung der Räterepublik in Nürnberg führen sollte, verläuft völlig zu deren Ungunsten. Das Generalkommando entfaltet im entscheidenden Augenblick eine so große militärische Macht, daß die Kommunisten selbst mit der Möglichkeit eines Sieges nicht mehr rechnen konnten. Die vergangene Nacht und der heutige Sonntag verlaufen vollkommen ruhig. Inzwischen hat eine aus allen Ständen gebildete Bürgerwehr den Sicherheitsdienst aufgenommen.

Die Stadt Landshut wird den Spartacisten durch Regierungstruppen entziffen.

Die Spartacisten schieben ihren Kordon um Wünchen längs der Bum und Amper bis zum Starnberger und Ammer-See vor und besetzen Gauting, Starnberg und Persching.

28. In Weimar beginnen kommissarische Beratungen zwecks Vorbereitung des Zusammenchlusses der thüringischen Lande unter Angliederung von Gebietsteilen Sachsens und Braunschens zu einem Freistaat Groß-Thüringen.

Die deutsche Friedensabordnung tritt die Reise nach Versailles an.

In einer Vollsitzung der Pariser Friedenskonferenz wird der Vertrag des Völkerverbundes angenommen.

Der schweizerische Bundespräsident Ador folgt einer Einladung der Verbändemächte zu einem Besuche in Paris, wahrscheinlich um in der amerikanisch-italienischen Streitfrage wegen Rimes einen Schiedspruch zu fällen.

Eine vom deutschen Eisenbahnverband nach Berlin einberufene Verlammlung beschließt, den preussischen Eisenbahnminister aufzufordern, bis spätestens 1. Mai die besonnenen Forderungen zu bewilligen, widrigenfalls die Eisenbahner die Arbeit einstellen werden.

Während die Streitvermutung in Niederschlesien als erledigt zu betrachten ist, verschärft sich die Lage in Oberschlesien. Sächsisch-Preussische Truppen brechen in Känten ein.

29. Der Alldeutscher Ausschuss der Nationalversammlung berät über die Geschäftstage im Zusammenhang mit den durch die Friedensverhandlungen bedingten Arbeiten. Die Vertreter der Regierung äußern den Wunsch, daß zunächst die Sitzungen des Friedensauschusses in Berlin abgehalten werden. Da die Regierungsvorleiter nicht an beiden Plätzen, Berlin und Weimar, sein können, so wäre es wünschenswert, daß die übrigen beiden Ausschüsse, Haushaltsauschuss und Verfassungsausschuss, ebenfalls in Berlin tagen. Es sollen geeignete Räumlichkeiten, etwa im Reichstag des Jünern oder im preussischen Landtagsgebäude bereitgestellt werden. Ein bestimmter Vergleich wird nicht gefast.

Die Weimarer Besprechungen zwischen Vertretern der thüringischen Staaten und der preussischen Regierung führen zu dem Beschluß, eine gemischte preussisch-thüringische Kommission einzusetzen, welche die Frage Großthüringen prüfen und das nötige statistische Material beschaffen soll.

In Bremen wird der Generalfreil beendet.

Der italienische Nationalrat in Rom übergibt die Stadt dem italienischen General Orzioli.

30. Reichsminister Erzberger richtet an den Vorsitzenden der deutschen Kommission in Spa, General v. Hammerstein, folgendes Fernschreiben:

Erzliche Sie, folgende Note Marshall Foch zu überreichen: „Der deutschen Regierung sind in diesen Tagen zuverlässige Meldungen darüber zugegangen, daß die polnische Armee beabsichtigt, in den nächsten Tagen einen militärischen Vorstoß mit größeren Truppenmengen gegen deutsches Gebiet in Polen und Oberschlesien zu unternehmen. Die Zusammenziehung polnischer Truppen an der deutschen Grenze bekräftigt die Wichtigkeit dieser Meldungen. Angesichts des Umstandes, daß die alliierten und assoziierten Mächte gegenüber Deutschland die bindende Verpflichtung übernommen haben, daß Polen keinerlei kriegsgerichtliche Handlungen gegen Deutschland unternehmen werde, und angesichts der weiteren Tatsache, daß Deutschland im Vertrauen auf diese bindende Zusage der Verbündeten den Durchmarsch der Armee des Generals Haller durch deutsches Gebiet gestattet hat und gewährleistet, hatte ich mich für berechtigt und verpflichtet, den Oberkommandierenden der verbündeten Armee, Gen. Marshall Foch, hiervon in Kenntnis zu setzen. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die alliierten und assoziierten Mächte alles aufbieten werden, um neues Übervergehen, das durch einen polnischen Angriff

entstehen könnte, zu verhindern. Es ist der deutschen Regierung jedoch unmöglich, irgend eine Garantie dafür zu übernehmen, daß der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Polen aufrecht erhalten wird, wenn die polnische Armee zum Angriff gegen deutsches Gebiet übergehen sollte. Die deutsche Regierung könnte nach einem solchen Angriff selbstverständlich auch nicht mehr den weiteren Durchtransport der Truppen der Armee Haller zulassen. Sie wählte alle Folgen, die aus einem polnischen Angriff auf deutsches Gebiet erwachsen würden, abzuwenden und wirkt auf die tiefsehende Erregung der deutschen Bevölkerung in den Ostgebieten hin. Reichsminister Erzberger.“ Auch der französische General Dupont in Berlin wird von dem Tatbestande in Kenntnis gesetzt und gebeten, sofort der internationalen Kommission in Warschau Mitteilung zu machen.

Die deutsche Saluta im neutralen Ausland erfährt eine wesentliche Verbesserung.

Die braunschweigische Landesversammlung bildet eine neue fünfjährige Regierung, bestehend aus den Reichstagsmitgliedern Dr. Jander und Steinbrücker, den Unabhängigen Gerde und Junke und dem Finanzpräsident Barthels (bürg. Part.).

Der über Hamburg, Altona und Wandorf verhängte Belagerungszustand wird aufgehoben.

Im oberelschischen Bergangebiet verschärft sich die Straflage.

Bei der Regierung Hoffmann in Danzig trifft folgender Ausschuss aus München ein: Rener Altonaer Ausschuss zusammengetreten. Wünsche: in Schlesien einzutreten. Stellt Waffenhandlung angedeutet. Wir stellen diesbezüglich ein, wenn Truppen der Regierung Hoffmann das Weichbild der Stadt nicht betreten, da der Altonaer Ausschuss keine Gewähr übernehmen kann, daß der Einmarsch nicht zu einem blutigen Straßenkampfe wird.

Die Notizen der Regierung Hoffmann lauten: Bedingungen unannehmbar. Legt Waffen nieder. Jeder Widerstand aufgehoben. Regierung Hoffmann.

Tachau wird von den Regierungstruppen genommen; auch Maching, Karsfeld, Rosenheim, Pasing gelangen in den Besitz der Regierung Hoffmann.

Der Rat der drei Regierungsoberhäupter der Verbändemächte hält in Paris eine Sitzung ab. Er regelt die Frage von Kwantchou. Japan erhält danach freies Verfügungsrecht über Kwantchou. Durch den Vorfrühdensvertrag soll Deutschland das Gebiet von Kwantchou an Japan abtreten, das seinerseits später dieses Gebiet an China abtreten wird. Die anderen Abmachungen zwischen China und Japan werden einer Regelung zwischen den beiden Staaten vorbehalten. Nachmittags beschließt sich der Rat mit den belgischen Forderungen finanzieller Natur.

Mannigfaltiges.

Dresden, 5. Mai.

* Der städtische Lebensmittel-ausschuss hielt vorgestern eine Sitzung ab. Daran nahmen erstmalig die Mitglieder des städtischen Ernährungsbeirates teil, die in den Lebensmittel-ausschuss gewählt worden sind, soweit sie ihm nicht schon angehört. Es wurde folgendes beraten: Die etwa 300 000 Dosen Kondensmilch, die zurzeit zur Verteilung verfügbar sind, sollen diesmal der gesamten Bevölkerung zugute kommen und zwar in der Weise, daß auf je 2 Ausweise der Lebensmittelkarte eine Dose Kondensmilch verteilt wird. Überdies soll an Kinder im 1. und 2. Lebensmittelsjahr auf den Stammschnitt der Vollmilchkarte je eine Dose Vollmilch abgegeben werden, die bei Stodung der Milchzufuhr oder falls die gelieferte Frischmilch einmal sauer geworden sein sollte, verwendet werden soll. Ferner sollen Personen über 65 Jahre auf den Stammschnitt der Nahrungsmittelkarte D je eine Dose erhalten und schließlich Kinder im 7. und 8. Lebensjahr, die jetzt von der Frischmilchlieferung völlig ausgeschlossen sind, 1/2 Pfund Kondensmilch, die aus Käbeln ausgewogen werden muß, also nicht in Dosen geliefert wird. Der Rest wird mit 10 000 Dosen dem Färforgeamt und im übrigen den städtischen Krankenhäusern zugewendet. Die Verteilung im einzelnen sowie die Preisfestsetzung regelt der Ernährungsbeirat. Näheres hierüber wird noch bekanntgemacht. Im vergangenen Sommer sind durch die Schulärzte in den städtischen Volksschulen diejenigen Kinder ausgewählt worden, die insbesondere bei Verdacht von Tuberkulose und bei Blutarmut einer Ernährungszulage besonders bedürftig waren. Diesen wurde auf acht Wochen täglich 1/2 Liter Milch oder wöchentlich 1/2 Pfund Griech gewährt. Der Lebensmittel-ausschuss spricht sich dafür aus, die gleiche Maßnahme auch in diesem Jahre und zwar möglichst in der milderen Zeit wieder durchzuführen und sie auch auszubehnen auf ernährungsbedürftige Kinder der höheren Lehranstalten und zwar bis einschließlich Untertertia. Weiter wurde Bericht erstattet über den Erfolg der vom Landeslebensmittelamt angeordneten Ablieferung von auf den C-Abschnitt der Landeskartoffelkarte bezogenen Kartoffeln. Eingebekkt auf den C-Abschnitt sind in Dresden rund 126 500 Personen, denen rund 417 000 Richtmengebede gegenüberstehen. Nicht abgegeben haben rund 44 000 Personen, während rund 81 600 Personen ihrer Ablieferungspflicht nachgekommen sind. Es sind hierdurch rund 40 000 Zentner für die Belieferung der in Wochenverforgung stehenden Bezugsberechtigten frei geworden, die bei der Kartoffelabgabe der letzten Wochen bereits mit zur Verteilung gelangt beziehentlich angerechnet worden sind. Die Abgabe ist zum größten Teile in Form des Austausches gegen Abgabe der Wochenkartoffelkarte, zum Teil durch Rückgabe des unbefreierten C-Abschnittes der Landeskartoffelkarte und zu geringeren Teile durch Abgabe von Kartoffeln an die Sammelstellen erfolgt. Der Lebensmittel-ausschuss sprach sich gemäß seinen bereits früher wiederholt gefasteten Beschlüssen einmündig für strenge Durchführung der angeordneten Verfassung gegen die in der Kartoffelabgabe schuldhaft säumigen aus. Die Durchführung der Maßnahme wurde dem beim Lebensmittelamt eingerichteten Ernährungsbeirat übertragen. Um den durch die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der Inlandweier aufgetretenen Mischständen zu begegnen, die in einer außerordentlichen Eierknappheit und in unerbörter Preissteigerung bestehen,

soll im Gebiete der Stadt Dresden sofort eine freiwillige Eierjammertätigkeit organisiert werden, und zwar sollen die Hühnerhalter in zahlreichen Eierjammertreffen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Eier gegen Gewährung einer Futterprämie von 125 g für das abgelieferte Ei abzugeben. Als Ankaufspreis des Eies wird 50 Pf. festgesetzt. Die eingehenden Eier sollen zur Belieferung der Kranken und Kinderbewittelten verwendet werden. Der Ausschuss beschloß, dieses Verfahren, insbesondere die Gewährung einer Futtermittelprämie, dem Landeslebensmittelamt zur Einführung auch in anderen Kommunalverbänden Sachsens zu empfehlen. Weiter wurde beschloffen, beim Landeslebensmittelamt und der Reichsregierung verstärkte Zuweisungen von Eiern zu beantragen. Da man sich jedoch auch von diesen Maßnahmen eine durchgreifende Besserung der durch die Freigabe des Inlandweier aufgetretenen Mischstände nicht verspricht, wurde weiter beschloffen, beim Landeslebensmittelamt die sofortige Wiedereinführung der Eierzwangsabwicklung und, falls dies abgelehnt werden sollte, zum mindesten die Wiedereinführung von Höchstpreisen für Eier zu beantragen. In der Verordnung über die Brot- und Mehlversorgung des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung ist die Bestimmung enthalten, daß der Brotverkauf für die kommende Woche bereits am vorhergehenden Sonnabend mittags 12 Uhr beginnen könne. Um den Schwierigkeiten der Durchführung dieser Verordnung zu begegnen und einem vielfach gedrückten Wunsche der Verbraucher zu entsprechen, beschloß der Ausschuss, sich für eine Ausdehnung des Vorverkaufs auf den ganzen Sonnabend auszusprechen, gegen eine weitere Verlegung des Vorverkaufs jedoch, wie überhaupt gegen jede vorzeitige Belieferung von Lebensmittelarten mit Entschiedenheit einzufreten. In derselben Verordnung ist das Verbot des Kuchenbackens in Haushaltungen enthalten. Durch die vermehrte Mehlzuweisung, insbesondere durch die Zuweisung des hochwertigen amerikanischen Weizenmehls ist das Bedürfnis nach Aufhebung dieses Verbotes entstanden. Der Ausschuss beschloß, die Aufhebung dieses Verbotes beim Lebensmittelamt zu beantragen; hinsichtlich des Kuchenbackverbotes in Bäckereien und Konditoreien es jedoch bei dem jetzigen Zustand zu belassen. Weiter nahm der Ausschuss von der für die laufende Woche beabsichtigten Nahrungsmittelverteilung Kenntnis, wonach die Zuweisung an die Inhaber der C-Karten (Erwachsene) um 1/4 Pfd. erhöht worden ist, sodas in der laufenden Woche Nahrungsmittel nach folgenden Sätzen verteilt werden: Kinder und Jugendliche je 2 Pfd., Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren und darüber je 1 1/2 Pfd.

* Der städtische Ernährungsbeirat, der von den städtischen Körperschaften durch Beschluß vom 17. April d. J. eingesetzt worden ist, hat schon mehrere Sitzungen abgehalten und wichtige Beschlüsse gefast. Insbesondere sind die vier dem Stadtverordnetenkollegium angehörenden Mitglieder, nämlich die Herren Stadtverordneten Jahn, Bertholdt, Eichler und Bösch ermächtigt worden, die Verteilung und den Verkauf von Lebensmittelkarten zu überwachen und zu diesem Zweck Auskunft von den Geschäftsinhabern zu verlangen. Sie besitzen einen vom Oberbürgermeister Mißler unterzeichneten und mit dem Stempel des Lebensmittelamtes versehenen Ausweis. Der Ernährungsbeirat wird vor allem Beschwerden und Wünsche der Bevölkerung, welche die Lebensmittelversorgung betreffen und die seinen Mitgliedern, dem Lebensmittelamt oder der Presse bekannt werden, erörtern und für Abhilfe besorgen sein. Auch soll die Bevölkerung noch mehr wie bisher durch die Presse aufgeklärt werden. Ferner wird der Ernährungsbeirat in enger Verbindung mit dem Lebensmittelamt streng darauf bedacht sein, den erlassenen Verkaufsverordnungen Nachdruck zu verschaffen und übermäßig hohen Preisbildungen entschieden entgegenzutreten.

* Das städtische Lebensmittelamt bringt erneut in Erinnerung, daß Personen, die ein Krankenhaus oder eine Klinik aufsuchen, ihre sämtlichen Lebensmittelkarten sofort bei der für sie zuständigen Vertrauensperson für die Lebensmittelkartenausgabe hinterlegen müssen. Die Hinterlegung wird polizeilich überwacht. Wer die Karten nicht hinterlegt, macht sich nach § 43 der Bekanntmachung des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung vom 26. Dezember 1918 strafbar. Die auf die Zeit des Aufenthalts in einem Krankenhaus oder in einer Klinik entfallenden und nicht abgegebenen Karten werden dem Kranken nach seiner Entlassung bei der nächsten Lebensmittelkartenausgabe gefürzt. Eine solche Kürzung wird auch dann vorgenommen, wenn der Kranke vor der Aufnahme in eine Anstalt unrechtmäßigweise vorzeitig Lebensmittelkarten verwendet haben sollte. Auswärts Wohnende haben die Lebensmittelkarten auf dem Gemeindeamt abzugeben.

* Am 30. April fand die Prämierung von sechs Hundehalterbesitzern aus der Helme-Stiftung durch den Alten Tierschutzverein Dresden statt. Nachdem Dr. Geh. Rat Müller die Prüfung der Hundehalter vorgenommen und der Vorsitzende Dr. Hofrat Konrad Peters unter Hinweis auf die Stiftung machende und bezeichnende Worte an die Besitzer der Tiere gerichtet hatte, wurde ihnen die Prämie von je 35 M. ausgehändigt.

* Die Guttemplerloge „Saxonia“ feiert am 10. Mai ihr Jubiläum 25-jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß wird an jenem Tage abends 7 Uhr im Künstlerhaus, Albrechtstraße 6, ein Festabend veranstaltet, zu dem Käthe Kiesel, Alexander Wieth und Joseph Kratina ihre Mitwirkung zugesagt haben. Prof. Neubert hat die Festansprache übernommen. Karten zu 2,30, 1,15 und 0,60 M. sind zu haben bei Georg Hofert, Georgplatz 3, und in den alkoholfreien Speisehäusern, Johann Georgenallee 16, Altonaer Markt 10 und Bettnerstraße 5 und an der Abendkasse. Der Reinertrag fließt der Ferienpflege zu. Wer die rein menschlichen Ziele und segensreichen Bestrebungen der Guttempler kennt, weiß sie zu würdigen und wird gern seiner Anerkennung durch Besuch der Veranstaltung Ausdruck geben. Anfang punkt 7 Uhr.